



RÜCKKEHR ZU DEN POLITISCH VERLASSENEN

Gespräche in rechtspopulistischen Hochburgen in Deutschland und Frankreich

Johannes Hillje



DAS
PROGRESSIVE
ZENTRUM

gefördert durch



Auswärtiges Amt

in Zusammenarbeit mit

Liegey
Müller
Pons

Inhalt

1. EINLEITUNG	3
2. STAND DER DEBATTE	4
3. BEITRAG ZUR DEBATTE: MENSCHEN IN AFD- UND FN-HOCHBURGEN ZUHÖREN	6
4. ERGEBNISSE	8
5. ZUSAMMENFASSUNG DER ERGEBNISSE	19
6. HANDLUNGSFELDER DER POLITIK	20
6.1 Innere Solidarität als Voraussetzung für äußere Solidarität	20
6.2 Infrastruktur zur Förderung der Chancengleichheit	21
6.3 Strukturstärkung durch lokale Parteipräsenz	22
6.4 Strukturwandel gesellschaftsverträglich gestalten	22
6.5 Selbstbewusstsein gegenüber rechtspopulistischen Narrativen	23
7. FAZIT	24

EXECUTIVE SUMMARY

Viele Menschen in strukturschwachen Regionen mit hohem Anteil rechtspopulistischer Wähler* fühlen sich von der Politik verlassen. Das befindet die erste Studie ihrer Art zu den letzten Wahlen in Deutschland und Frankreich: 500 Haustürgespräche zeigen auf, welche Herausforderungen die Befragten in ihrem Alltag haben und warum oftmals die sozialpolitischen Bedingungen – und nicht etwa Fremdenfeindlichkeit – Grund ihres Unmuts und ihrer Zukunftsängste sind. Basierend auf den authentischen Schilderungen der Menschen entschlüsselt die Studie deren Deutungsmuster und macht sie zugänglich für Handlungsempfehlungen, die darauf abzielen, das Vertrauen dieser Bevölkerungsgruppen zurückzugewinnen.

DIE WICHTIGSTEN ERGEBNISSE FÜR DEUTSCHLAND

Es gibt eine große Diskrepanz zwischen dem, was die Menschen als „größtes Problem“ des Landes (Migration) und des eigenen Alltags (unsichere Arbeitsbedingungen, Wegfall von sozialer Infrastruktur) identifizieren. Die Medien und die Bundespolitik greifen diese „Agenda der Bürger“ nur unzureichend auf, was ein Gefühl der Benachteiligung erzeugt. Die Abwertung Anderer, insbesondere von Migranten, ist daher eine Folge einer eigenen Abwertungserfahrung („Vergleichende Abwertungslogik“). Eine intrinsische Fremdenfeindlichkeit zeigte sich in den Gesprächen hingegen nicht als Muster.

Zentrale Narrative der Populisten verfangen in ihren Hochburgen weitaus weniger stark als meist angenommen. Wenn die Menschen politische Zusammenhänge mit ihren eigenen Worten schildern, spielen Islamisierung, Europaskepsis, pauschale Medienkritik oder die Betonung der nationalen Identität kaum eine Rolle. Im Gegenteil: Zum Beispiel wird Europa mehr als Teil der Lösung denn als Problem gesehen.

Forderungen nach einem nationalistisch orientierten Kurs („Deutschland zuerst!“) beruhen im Wesentlichen auf dem Gefühl, dass die Politik die falschen Prioritäten setzt entgegen der Lebensrealität der Menschen. So besteht oft die Wahrnehmung, dass z.B. Maßnahmen zur Bewältigung der Flüchtlingskrise oder außenpolitisches Engagement nicht grundsätzlich falsch sind, dafür aber Anstrengungen und Investitionen vor Ort ausbleiben, um handfesten Herausforderungen im Alltag, wie dem steigenden ökonomischen Druck auf Geringverdiener oder Lücken in der Daseinsvorsorge, zu begegnen. Viele Befragte glauben, dass sozial und geographisch Gesellschaftsräume entstanden sind, aus denen sich die Politik zurückgezogen hat. Es herrscht ein Gefühl des Verlassenseins.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Es gibt Räume der „politischen Verlassenheit“, in denen das Vertrauen der Menschen neu zu verdienen ist – mit lokaler Präsenz sowie Anerkennung und Lösung der vorliegenden Probleme. Dazu werden in der Studie fünf Handlungsfelder skizziert: Solidarität nach innen als Voraussetzung für Solidarität nach außen, Stärkung von Sozial- und Verkehrsinfrastruktur zur Förderung von Chancengerechtigkeit, gesellschaftsverträgliche Gestaltung des Strukturwandels, zivilgesellschaftliches „nützlich machen“ von Parteien auf lokaler Ebene sowie mehr Selbstbewusstsein gegenüber rechtspopulistischen Narrativen.

ÜBER DIE STUDIE

Das Progressive Zentrum hat mit dem französischen Partner „Liegey Muller Pons“ 500 Haustürgespräche in strukturschwächeren Regionen mit hohem Anteil rechtspopulistischer Wähler in Deutschland und Frankreich durchgeführt. Ziel der Studie ist es, unter dem Stichwort der kulturellen Intelligenz das gegenseitige Verständnis von Deutschland und Frankreich über gesellschaftliche Narrative in einem Pilotprojekt zu stärken. Hierzu wurden systematisch jene Menschen befragt, über die in der öffentlichen Debatte viel gesprochen wird, die aber selbst nur selten zu Wort kommen. Die Gespräche fanden in jeweils drei Regionen in Ost- und Westdeutschland sowie Nord- und Südfrankreich statt. Dabei beantworteten die Menschen allgemeine Fragen zu ihrer individuellen Lage sowie zur Sicht auf ihr Lebensumfeld und das Land (z.B. „Was läuft gut/schlecht in Ihrem Wohnort?“; „Was würden Sie ändern, wenn Sie selbst in die Politik gehen würden?“). Dank dieser offenen Herangehensweise konnten aus den Gesprächsinhalten die authentischen Deutungsmuster der Menschen über ihr Leben und ihr Land mittels einer Diskursanalyse ermittelt werden. Die Ergebnisse sind für die Debatte über die „Antwort“ auf den Rechtsruck sehr aufschlussreich und liefern eine qualitative Ergänzung zu repräsentativen Studien auf diesem Gebiet.

* Die weibliche Form ist der männlichen Form in dieser Studie gleichgestellt, lediglich aus Gründen der Vereinfachung wird im Folgenden die männliche Form gewählt.

1. Einleitung

Die Präsidentschaftswahlen in Frankreich und die Bundestagswahlen in Deutschland gelten als historische Zäsur für die jeweilige Parteienlandschaft. Emmanuel Macron düpierte mit seiner neuen Bewegung „En Marche“ die etablierten Parteien, die bis dato regierenden Sozialisten stürzten gar in die elektorale Unbedeutsamkeit ab. Einen politischen Gipfelstürmer wie Macron gab es im Nachbarland nicht, aber der Einschnitt in das politische System Deutschlands durch das Wahlergebnis am 24. September 2017 weist Parallelen zu der Entwicklung, die in Frankreich schon seit den 1980er Jahren in Gange ist, auf: Die Etablierung einer rechtspopulistischen Kraft im Parteiensystem. Die Alternative für Deutschland (AfD) zog mit 12,6% als drittstärkste Kraft in den Bundestag ein. In Frankreich erzielte Marine Le Pen in der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen am 23. April 2017 mit 21% sogar das beste Ergebnis in der Geschichte des Front Nationals (FN).

Die Zugewinne der rechtspopulistischen Parteien kamen unter höchst unterschiedlichen nationalen Bedingungen zustande. Um nur zwei davon zu nennen: Zum Zeitpunkt der Wahlen lag die Arbeitslosenquote in Frankreich mit 10,3% mehr als doppelt so hoch wie auf der anderen Seite des Rheins. Deutschland gewährte 2016 mehr als zehnmal so vielen Menschen Asyl wie Frankreich.¹ Dennoch verweisen die Wahlergebnisse auf eine unrühmliche Gemeinsamkeit der beiden Partnerländer: Eine Spaltung der Gesellschaften. So spricht der ehemalige Élysée-Mitarbeiter Christophe Pierrel, der nach den Präsidentschaftswahlen auf „Tour de France“ ging und diese in einem Buch verarbeitete, von zwei französischen Nationen: Das Frankreich der „Globalisierungsgewinner“ und jenes der „Globalisierungsverlierer“.² Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier beschrieb die Spaltung der deutschen Gesellschaft am Tag der Deutschen Einheit

2017 als neue „Mauern“, die „zwischen Stadt und Land“ verliefen und „Mauern aus Entfremdung, Enttäuschung oder Wut“ bilden. Vielen deutschen Lesern scheint auch der französische Philosoph Didier Eribon, der vom Arbeiterkind zum Professor aufstieg, mit seiner autobiographischen Sozialanalyse „Rückkehr nach Reims“ einen Erklärungsansatz für den Aufstieg des Rechtspopulismus zu liefern. Die Niedergangserzählung, in der staatliche Sozialleistungen immer schlanker werden und das französische Arbeitermilieu immer rechter wählt, erschien in Frankreich bereits 2009, wurde aber in Deutschland erst 2016 zum Kassenschlager – dem Jahr, in dem die AfD erstmals deutlich zweistellige Wahlergebnisse erzielte. Eribon verweist auf die Entfernung und Entfremdung ganzer Gesellschaftsteile von wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Veränderungsprozessen. Die zentrale Leistung Eribons ist dabei, dass er die gesellschaftliche Spaltung anhand von Dialogen zwischen ihm und seiner ehemals links, heute rechtspopulistisch wählenden Mutter nachvollziehbar macht. Denn es ist eine weitere Dimension der Spaltung, dass sie sich auch in der Debatte über ebendiese fortsetzt: Auf der einen Seite sind diejenigen, die reden und auf der anderen Seite diejenigen, über die geredet wird. Mit der Redehoheit geht auch die Deutungshoheit über die andere Seite einher. Dabei werden schnell pauschale Labels wie „die Abhängigen“, „die Wutwähler“, „die Enttäuschten“ oder „les oubliés“ vergeben. Unterschiedliche Vorstellungen über konkrete Sachfragen, etwa in der Migrations-, Europa-, oder Sozialpolitik, werden somit in Schubladen diffuser Unzufriedenheit gesteckt. Nicht wenige Schlagzeilen deuteten den Wahlerfolg der AfD („Die späte Rache der Ossi“ oder „Wahlsieger Wut“³) genau nach dieser psychologisierenden Methode.

Wenn die gespaltete Gesellschaft wieder zusammen finden sollen, kann dies nur durch Dialog passieren. Dieses Projekt möchte einen ersten Schritt unternehmen und hat sich zur Aufgabe gemacht denjenigen zuzuhören, über die sonst geredet wird. Zu diesem Zweck wurden 500 Gespräche in Frankreich und Deutschland geführt, in sozioökonomisch schlechter gestellten Regionen mit hohem Anteil rechtspopulistischer Wähler, also Hochburgen des Front Nationals und der AfD. In diesen Gesprächen wurden bewusst

1 Eurostat (2017): Pressemitteilung vom 26.4.2017: Asylentscheidungen in der EU. <http://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/8001720/3-26042017-AP-DE.pdf>

2 Das Buch von Pierrel ist am 8.11.2017 unter dem Titel „Ils votent Marine et ils vous emmerdent!“ im Verlag La Tengo erschienen.

3 Die erste Schlagzeile stammt aus der taz, die zweite aus dem Berliner Kurier jeweils vom 25.9.2017, dem Tag nach der Bundestagswahl 2017.

allgemein und offen formulierte Fragen gestellt (z.B. „Was macht Ihnen Hoffnung für die Zukunft?“), um die Menschen zum Erzählen zu animieren, ohne sie dabei in eine bestimmte Richtung zu lenken. Es ging darum, die authentischen Denk- und Deutungsmuster und die konkreten Erwartungen der Menschen an die Zukunft zu verstehen. In diesem Papier liegt der Fokus etwas stärker auf den Ergebnissen der in Ost- und Westdeutschland geführten Gesprächen, wobei Frankreich immer als Vergleichsfolie herangezogen wird, um Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen den beiden Ländern herauszustellen. Im folgenden Abschnitt wird zunächst der Stand der Debatte zum Verhältnis von strukturschwachen Regionen und rechtspopulistischen Wahlergebnissen zusammengefasst. Im dritten Teil wird erläutert wo und wie die Gespräche für dieses Projekt geführt wurden, bevor im vierten Abschnitt die Ergebnisse beschrieben werden. Dieses Papier schließt mit der Identifizierung von fünf Handlungsfeldern, bei denen die Politik ansetzen müsste, um den Problemen und Zukunftssorgen der befragten Menschen entgegenzuwirken.

2. Stand der Debatte

Nach den „Populistensiegen“ beim Brexit-Referendum und den US-Präsidentenwahlen 2016 machte sich unter deutschen und französischen Politikern die Erkenntnis breit, dass Wahlen neuerdings in strukturschwachen Regionen von bereits abbeschriebenen Wählern entschieden werden. Oftmals wird in dieser Debatte „strukturschwach“ mit „ländlich“ gleichgesetzt. Eine Antwort der Bundesregierung auf eine „Kleine Anfrage“ der Grünen Bundestagsfraktion zu eben diesem Thema von Februar 2017 zeigt, dass dies eine unzulässige Verkürzung ist. In der Antwort wurden die Lebensverhältnisse in 28 Regionen (von insgesamt 361 Kreisregionen) als sehr stark oder stark unterdurchschnittlich klassifiziert.⁴ Neben zahlreichen ländlichen Gebieten in den neuen Bundesländern wie die brandenburgische Prignitz oder dem Burgenlandkreis in Sachsen-Anhalt, gehören dazu auch die fünf Großstädte

Bremerhaven, Frankfurt/Oder, Gelsenkirchen, Herne und Oberhausen. Ebenso leben in Frankreich die zuvor angesprochenen „Globalisierungsverlierer“ nicht allein auf dem Lande. Zwar ist die sozioökonomische Benachteiligung besonders hoch im ländlich geprägten Norden und „Rostgürtel“ im Osten, aber auch am Rande der Ballungszentren wie Paris oder Marseille, den unrühmlich berühmten Banlieues, fallen die einschlägigen sozialstatistischen Kennwerte nicht besser aus. Strukturschwäche gibt es somit in städtischen wie auch in ländlichen Räumen.

In der bereits zitierten „Kleinen Anfrage“ der Grünen wurde einleitend darauf hingewiesen, dass „ein Zusammenhang zwischen der wirtschaftlichen Strukturschwäche, starken Abwanderung oder hohen Arbeitslosenquote dieser Regionen und dem populistischen Wahlverhalten gesehen“ werde. Inwiefern dieser Zusammenhang tatsächlich besteht, lässt sich nach den Präsidentschaftswahlen in Frankreich und der Bundestagswahl in Deutschland besser beurteilen. Legt man etwa die Deutschlandkarte der Arbeitslosenstatistik auf die Karte des AfD-Wahlergebnisses, so scheint es auf den ersten Blick eine hohe Deckungsgleichheit zu geben. Auf den zweiten Blick erschließt sich aber, dass das Zusammentreffen dieser beiden Faktoren zwar eine Häufigkeit, aber keine Korrelation darstellt: So liegt etwa die Arbeitslosigkeit im Wahlkreis 26 in und um Wilhelmshaven mit 8,2%, deutlich über dem Bundesdurchschnitt, das AfD-Ergebnis aber bei unterdurchschnittlichen 9,1%. Andersherum hat Heilbronn eine leicht unterdurchschnittliche Arbeitslosenquote von 5,3%, mit 41.000 Euro sogar das höchste Pro-Kopf-Einkommen Deutschlands, aber ein AfD-Stimmenanteil von 16,4%. Gerade in strukturstarken Regionen Baden-Württembergs und Bayerns sind die hohen AfD-Ergebnisse nicht mit regionaler Wirtschaftsschwäche oder Arbeitslosenquoten zu erklären. Hier lautet eine populäre These, dass vor allem „kulturelle“ Gründe, etwa die Angst vor Überfremdung durch Migration, aber auch endogene gesellschaftliche Veränderungen wie die Legalisierung der gleichgeschlechtlichen Ehe, die Wahlentscheidung zugunsten der AfD beeinflusst hat. Ein Ansatz, der die Gesellschaft neben sozioökonomischen Kriterien auch nach soziokulturellen Merkmalen ausdifferenziert, also Werte, Lebensstile und Einstellungen von Menschen einbezieht (z.B. Zukunftsängste),

⁴ Die Antwort der Bundesregierung auf die „Kleine Anfrage“ der Grünen kann hier abgerufen werden: dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/112/1811263.pdf.

ist jener der Sinus-Milieus. Für diese Typologisierung der Gesellschaft fällt der Zusammenhang laut Bertelsmann-Stiftung eindeutiger aus: „Je sozial prekärer ein Stimmbezirk, desto besser schneidet die AfD dort ab und desto höher fallen ihre Zuwächse aus“ bilanzierte die Bertelsmann-Stiftung kurz nach der Bundestagswahl.⁵ Und weil die AfD gerade in den sozial prekären Stimmbezirken erfolgreich mobilisiert hat, verringerte sich 2017 zum ersten Mal nach 1998 die soziale Spaltung der Wahlbeteiligung wieder.

Auch in Frankreich liegt mehr eine Häufigkeit als eine Kausalität zwischen Strukturschwäche und Wahlerfolg des FN vor. Im ländlichen Norden, entlang des „Rostgürtels“ im Osten sowie im Südosten am Mittelmeer verteidigte Marine Le Pen bei den Präsidentschaftswahlen 2017 die Dominanz ihrer Partei. Überdurchschnittlich hohe Stimmanteile erreichte Le Pen zwar auch in urbanen Wahlbezirken von Marseille oder Calais, aber ihre absoluten Spitzenwerte liegen außerhalb der Großstädte, etwa im äußerst nördlichen Tournehem-sur-la-Hem (41,2%) oder in der südöstlichen Kleinstadt Marignane (42%).⁶

Angesichts der Tendenz, dass strukturschwache Regionen in Frankreich und Deutschland häufig eher (rechts-)populistisch wählen, ist es kaum verwunderlich, dass die Parteien einen beträchtlichen Teil ihrer Wähler aus ökonomisch schwächer gestellten Gesellschaftsgruppen mobilisieren. Die AfD wurde bei der Bundestagswahl überdurchschnittlich stark von Arbeitern und Arbeitslosen, Menschen mit mittlerer Reife, 35 bis 44-Jährigen sowie von der männlichen Wahlbevölkerung gewählt.⁷ Der „typische AfD-Wähler“ ist jedoch nicht so ohne Weiteres auszumachen, auch unter Angestellten und Selbstständigen erzielte die Partei ein Ergebnis von 12%, das sich mit ihrem Gesamtergebnis deckt. Schon vor der Wahl zeigte das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), dass die Mehrheit der AfD-Anhänger ein unterdurchschnittliches Einkommen

hat, aber „eine substanzielle Minderheit steht gut da“.⁸

In der Forschung wird das rechtspopulistische Wählerklientel der „Modernisierungsverlierer“ durch die „kulturell Abgehängten“, die ein kosmopolitisches Gesellschaftsideal ablehnen, erweitert.

Ganz in der Tradition ihrer Partei, erzielte Marine Le Pen die besten Ergebnisse in der Berufsgruppen der Arbeiter sowie den niedrigsten Einkommensklassen und Bildungsniveaus des französischen Elektors.⁹ 2017 bestätigte sich, dass der FN mittlerweile auch für Frauen und jüngere Franzosen wählbarer geworden ist. Diese Wählerklientel konnte Marine Le Pens Vater und Vorgänger als Parteivorsitzender, Jean-Marie Le Pen, kaum erreichen.

Es sind aber nicht nur objektiv messbare sozioökonomische Merkmale, auf die es bei der Vermessung der AfD- und FN-Wählerschaft ankommt. Auch die subjektive Einschätzung der eigenen Lage spielt eine wichtige Rolle. So stellte Anfang 2017 die Böckler-Stiftung heraus: AfD-Anhänger sähen stärker als die Wähler anderer Parteien ihre soziale Lage bedroht und hätten mit Abstiegserfahrungen und Zukunftsängsten zu kämpfen.¹⁰ Das heißt: Sie geben an, dass es ihnen schlechter als ihrer Elterngeneration gehe und sie sich um die Zukunft ihrer Kinder sorgten. Auch die Wähler des FN lassen sich durch eine negative subjektive Beurteilung ihrer sozialen Mobilität, also ihrer Aufstiegschancen, erkennen.¹¹ 2017 war Le Pen mit 25% Stimmenanteil die erste Wahl für jene Menschen, die für die kommende Generation von einer schlechteren Zukunft ausgehen und mit großem Abstand (30%) für solche, die meinen, ihre Berufsgruppe sei auf dem absteigenden Ast. Eine

8 Der Artikel „Wählerschaft der Parteien“ ist im DIW Wochenbericht 29/2017 erschienen

9 Diese Zahlen stammen von IPSOS und können hier eingesehen werden: <https://www.ipsos.com/fr-fr/1er-tour-presidentielle-2017-sociologie-de-lelectorat>

10 Hans Böckler Stiftung (2017): Einstellung und soziale Lebenslage. Eine Spurensuche nach Gründen für rechtspopulistische Orientierung, auch unter Gewerkschaftsmitgliedern. In: WORKING PAPER FORSCHUNGSFÖRDERUNG, Nummer 044, August 2017.

11 Luc Rouban (2016): L'effet électoral du déclassement social. https://www.enef.fr/app/download/14088176725/LA_NOTE%2324_vague5.pdf?t=1468919916

5 Bertelsmann-Stiftung (2017): Populäre Wahlen. Mobilisierung und Gegenmobilisierung der sozialen Milieus bei der Bundestagswahl 2017

6 Die Zahlen beziehen sich auf die erste Runde der Präsidentschaftswahlen am 23. April 2017: [https://www.interieur.gouv.fr/Elections/Les-resultats/Presidentielles/electresult__presidentielle-2017/\(path\)/presidentielle-2017/index.html](https://www.interieur.gouv.fr/Elections/Les-resultats/Presidentielles/electresult__presidentielle-2017/(path)/presidentielle-2017/index.html)

7 Diese Zahlen hat Infratest Dimap für die ARD erhoben

weitere Parallele zwischen AfD- und FN-Wählerschaft ist die Einstellung zur Demokratie in ihrem Land. Nur eine Minderheit von 40% der AfD-Unterstützer findet, dass Deutschland wirklich demokratisch sei. Für Frankreich gilt laut dem Politologen Daniel Stockemer sogar, dass die individuelle Einschätzung des Zustands der Demokratie am besten vorhersagen kann, ob eine Person rechtspopulistisch wählt oder nicht.¹²

Unterm Strich lässt sich sagen: Zwar gibt es keinen einwandfreien Zusammenhang zwischen Struktur-schwäche einer Region und rechtspopulistischem Wahlergebnis, aber sowohl der FN als auch die AfD mobilisiert einen erheblichen Teil seiner Wähler in sozioökonomisch schlechter gestellten Gegenden. Um die nicht zuletzt in den Wahlergebnissen in Frankreich und Deutschland zutage getretene Spaltung der Gesellschaft besser zu verstehen, muss man deshalb die Einstellungen und Deutungsmuster der Menschen aus diesen Regionen untersuchen.

3. Beitrag zur Debatte: Menschen in AfD- und FN-Hochburgen zuhören

Viele der zuvor zitierten Studien zu den Einstellungen rechtspopulistischer Wähler zeichnen sich durch hohe Fallzahlen aus, so dass sie zum Erhebungszeitpunkt repräsentative Aussagen über das Wählerklientel dieser Parteien machen konnten. Ein Nachteil solch breit angelegter Untersuchungen können die standardisierten Forschungsdesigns sein. Den Befragten werden Themen und Antwortmöglichkeiten vorgegeben und mit ihnen nicht selten auch bestimmte Deutungsmuster, etwa wenn nach der Zustimmung zu der Aussage „Bei uns werden Ausländer bevorzugt und Deutsche benachteiligt“ gefragt wird. Eine sinnvolle Ergänzung zu diesen quantitativ angelegten Studien sind daher qualitative Ansätze. Das Ziel einer qualitativer Vorgehensweise ist es, „Lebenswelten ‚von innen heraus‘ aus

der Sicht der handelnden Menschen zu beschreiben“.¹³ Zwar können sie keine verallgemeinerbaren Aussagen über Bevölkerungsgruppen treffen, aber dafür die Einstellungen von Repräsentanten einer solchen Gruppe fundierter und authentischer zu Tage bringen. Offene Fragestellungen ermöglichen es, Deutungsmuster von Menschen anhand ihrer eigenen statt vorformulierter Aussagen zu ergründen. Genau hier setzt die vorliegende Studie an. Das Anliegen ist es, die Meinungen, Einstellungen, Sorgen und Hoffnungen von Menschen, die in sozial und ökonomisch schwächer gestellten Regionen von Frankreich und Deutschland mit einem überdurchschnittlich hohem Stimmenanteil rechtspopulistischer Parteien leben, anhand ihrer eigenen Schilderungen besser zu verstehen. Das Auswahlkriterium für die Befragten war jedoch nicht, dass sie selbst AfD- bzw. FN-Wähler sind, sondern dass sie in einer Hochburg dieser Parteien leben.¹⁴ Dazu wurden zwei Regionen in Frankreich, Nord-Pas-de-Calais im Norden und Provence-Alpes-Côte d’Azur im Süden, sowie zwei Regionen in Deutschland, der Raum Duisburg/Gelsenkirchen im Westen und Berlin/Brandenburg im Osten, ausgewählt. Die Wahl fiel auf diese Gegenden, weil sie auf Basis eines mehrdimensionalen Index ein hohes Maß an sozialer und wirtschaftlicher Benachteiligung aufweisen.¹⁵ Zweites Kriterium für die Auswahl war ein hoher Stimmanteil der AfD bzw. des FN bei den letzten Landtags- bzw. Präsidentschaftswahlen. Trotz dieser Gemeinsamkeiten ging es auch darum, eine Varianz von Regionen abzubilden. So weisen die ausgewählten Gebiete wichtige soziale und ökonomische Unterschiede auf - etwa in der Entwicklung ihrer

13 Flick, Uwe/ Kardoff, Ernst von/ Steinke, Ines (2010): Qualitative Forschung. Ein Handbuch, S.14

14 Unter „Hochburg“ werden in diesem Papier Wahl- bzw. Stimmbezirke verstanden, in denen die rechtspopulistischen Parteien einen Stimmenanteil erzielt haben, der über ihrem landesweiten Stimmenanteil liegt.

15 Der für dieses Projekt gebildete Index der sozialen und ökonomischen Benachteiligung basiert auf dem Modell des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (siehe: <http://doku.iab.de/kurzber/2013/kb2213.pdf>) und der Arbeit von Pampalon/Raymond (in Santé, société et solidarité, 2(1), S 191-208). Der Index erfasst vier Dimensionen: Familienstruktur, Bildung, Arbeitslosigkeit und Einkommen. Die unterschiedlichen Dimensionen der Benachteiligung wurden mittels einer Hauptkomponentenanalyse in den Index integriert.

12 Daniel Stockemer (2017). The Front National in France. Continuity and Change Under Jean-Marie Le Pen and Marine Le Pen.

DIE WICHTIGSTEN FAKTEN ZU DEN 500 GESPRÄCHEN

Orte der Befragung

in Klammern das AfD- bzw. FN-Ergebnis der besuchten Stimmbezirke bei der letzten Wahl^a:

Deutschland		Frankreich	
Ost ^b :		Nord:	
Berlin Marzahn-Hellersdorf	(28,3%; 27,7%)	Calais-Matisse-Toulouse-Lautrec	(37,0%)
Eisenhüttenstadt	(25,1%; 24,1%)	Loon-Plage-Les Kempes	(42,5%)
Fürstenwalde-Molkenberg	(23,0%)	Tournehem-sur-la-Hem	(41,2%)
West:		Süd:	
Duisburg-Neumühl	(30,4%; 29,7%; 27,2%)	Marseille 14-Centre Urbain	(27,0%)
Gelsenkirchen-Ost	(28,8%; 26,2%; 25,6%)	Marignane-La Calagovière-Parc Camoin	(42,0%)
Datteln-Meckinghoven	(17,0%; 15,8%)	Arles-Mas-Thibert	(29,0%)

Durchschnittliche Dauer der Gespräche:	25,6 Minuten
Durchschnittsalter der Befragten:	48,8 Jahre
Geschlechterverteilung:	52% Männer, 48% Frauen
Befragungszeitraum:	05. - 14. September 2017 (Deutschland) 25. - 29. September 2017 (Frankreich)

^a Die Wahlergebnisse beziehen sich in Deutschland auf die Zweitstimme der Bundestagswahl 2017, in Frankreich auf die Präsidentschaftswahlen 2017. Da die Befragung jedoch vor der Bundestagswahl durchgeführt wurde, wurde die Auswahl der Orte auf Basis der Ergebnisse der letzten Landtagswahl getroffen.

^b Reihenfolge der Orte nach großstädtischen, vor- bzw. kleinstädtischen und ländlichen Gebieten

Bevölkerungsstruktur oder ihrem wirtschaftlichen Strukturwandel, was am Vergleich des Ruhrgebiets mit den ehemals der DDR zugehörigen Regionen am deutlichsten erkennbar ist. Um eine weitere Ebene der Vielfalt sozialer Realitäten einzubeziehen, wurden die Befragungen in den vier ausgewählten Regionen jeweils in großstädtischen, vor- und kleinstädtischen (sogenannten „Mittelzentren“) und ländlichen Gegenden durchgeführt. In jeder der vier Regionen wurden 125 Interviews geführt, sodass insgesamt 500 Gespräche als Datengrundlage entstanden sind. Da die Teilnehmer nicht nach ihrer Parteipräferenz gefragt wurden, und neben Geschlecht und Alter überhaupt keine personenbezogenen Daten erhoben wurden, ist dieses Projekt nicht als Wählerstudie, sondern vielmehr als Wählermilieustudie zu verstehen. Ziel ist es, die Deutungsmuster von Menschen aus Gegenden mit Deprivationskontext und hohem Stimmenanteil rechtspopulistischer Parteien zu ergründen.

Die Befragungen wurden in Deutschland in den Wochen vor der Bundestagswahl 2017 und in Frankreich kurz danach durchgeführt. Das Besondere an der Befragungstechnik ist, dass die Projektmitarbeiter in den ausgewählten Gegenden bei den Menschen an der Tür klingelten, um die Gespräche persönlich durchzuführen. Das hat den Vorteil, dass für andere Befragungstechniken (z.B. Online-Panels) schwieriger zugängliche Menschen erreicht - die Bereitschaft vorausgesetzt - und befragt werden konnten. Die Befragungen wurden an mehreren Wochentagen zwischen 16 und 20 Uhr durchgeführt, um möglichst keine Bevölkerungsgruppe (z.B. tagsüber arbeitende Menschen) auszuschließen. Im „Face-to-Face“-Modus wurden den Menschen insgesamt elf offene Fragen gestellt und die Antworten von den Interviewern mittels einer Smartphone-App protokolliert. Die Gespräche dauerten im Durchschnitt rund 25 Minuten. Somit entstand eine Textmenge von über 55.000 Wörtern - das entspricht etwa einem Buch von 200 Seiten -, in der das frei Gesagte der Befragten festgehalten ist.

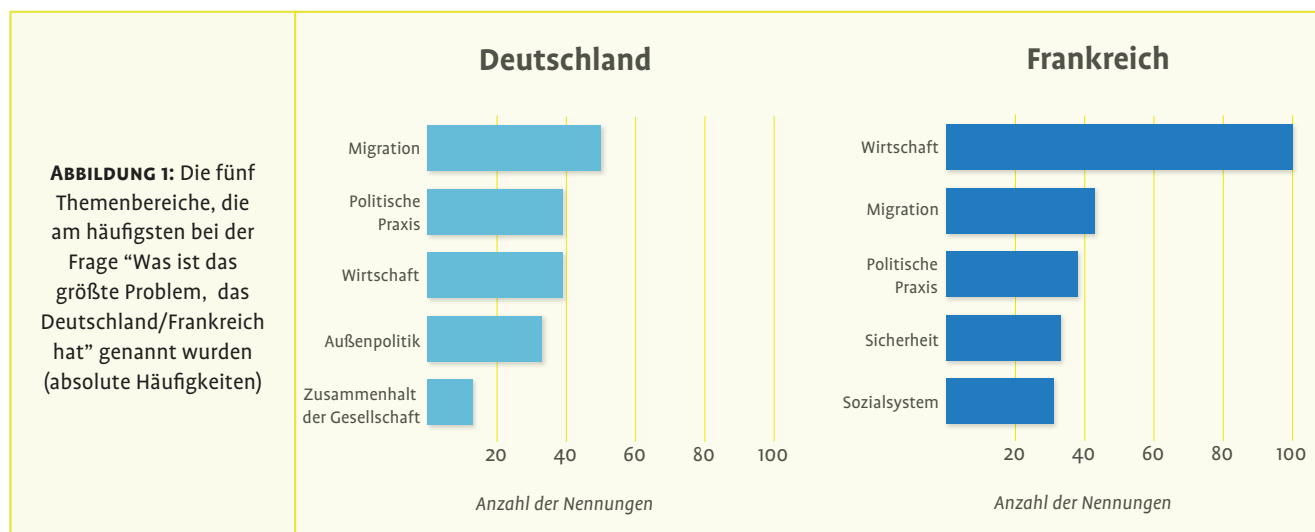
Die Analyse der Gesprächsinhalte wurde in zwei Schritten vorgenommen: Zunächst wurden alle Antworten nach Themen und Aspekten codiert, um einen Überblick darüber zu bekommen, welche thematischen Schwerpunkte in den Antworten auf die einzelnen Fragen vorherrschen. Ergebnis des ersten Analyseschritts ist eine Rangfolge von Themen (und deren Unteraspekten), die von den Befragten angesprochen wurden. Im zweiten Schritt wurden die Antworten zu den prominentesten Themen diskursanalytisch ausgewertet. Ziel war es hierbei, Deutungsmuster der Menschen herauszuarbeiten, zu ergründen, wie die Befragten einzelne Themen für sich strukturieren und plausibel machen (z.B. die Ursache und Wirkung einzelner Probleme) und wie einzelne Themenfelder miteinander verschränkt und verknüpft werden. Diese Werkzeuge aus der Diskursanalyse helfen zu verstehen, wie Menschen ihre eigene Lage sowie die Verhältnisse in der unmittelbaren, aber auch weiteren Umgebung wahrnehmen und sich auf Basis dieser Wahrnehmung eine politische Sinnstiftung ergibt.

4. Ergebnisse

Die Ergebnisse der Gespräche werden in den folgenden Abschnitten entlang von vier Themenbereichen dargestellt: Die Meinungen und Einstellungen der Menschen zu 1) ihrem Land; 2) ihrem Wohnort (Stadt oder Stadtteil); 3) ihrem Alltag und 4) ihrer Zukunft. Innerhalb jedes Themenbereichs werden als erstens die prominentesten Antwortmuster aus Frankreich und Deutschland dargestellt und miteinander verglichen. Zur Illustrierung prominenter Antwortmuster werden einzelne Zitate aus den Gesprächen herangezogen. Wie bereits erwähnt lenkt dieses Papier den Fokus stärker auf den deutschen Datensatz dieses Projekts. Daher werden im zweiten Schritt innerhalb jedes Themenbereichs die deutschen Antworten genauer analysiert und z.B. Vergleiche zwischen Ost- und Westdeutschland, den drei räumlichen Kategorien (Großstadt, Mittelzentren, Land) und unterschiedlichen Altersgruppen angestellt. Falls sich auf diesen tieferen Analyseebene interessante Unterschiede oder Gemeinsamkeiten zum französischen Datensatz ergeben haben, werden diese ebenfalls herausgestellt. Drittens wird für jeden Themenbereich das zentrale Deutungsmuster der Gesprächspartner interpretativ mit den Werkzeugen der Diskursanalyse zusammengefasst.

Der Blick auf das eigene Land

Sowohl in den Hochburgen der AfD als auch des FN, haben die befragten Menschen eine negative Haltung gegenüber den derzeitigen Zuständen in ihrem Land. Danach gefragt, was im eigenen Land gut läuft, kommen in beiden Ländern die meisten Befragten zu dem Schluss, dass nichts oder wenig gut laufe. In Frankreich ist das sogar das überaus dominierende Denkmuster, während in Deutschland die soziale Sicherheit durch das Sozialsystem, die positive Lage am Arbeitsmarkt und das Funktionieren des Rechtsstaats von großen Teilen als positiv empfunden werden. Dennoch ist unterm Strich der Redebedarf über negative Zustände im Land in beiden Ländern fast doppelt so hoch ist wie über die positiven Seiten.



Als das größte Problem Deutschlands wird in den AfD-Hochburgen der Themenkomplex Migration ausgemacht. In Frankreich rangiert das Thema auf dem zweiten Platz hinter der wirtschaftlichen Lage und Arbeitslosigkeit im Land (Abbildung 1). Beim Migrationsdiskurs lohnt es sich genauer hinzuschauen: Für die deutschen Befragten ist zunächst die hohe Anzahl von Migranten das zentrale Problem. Hierbei ist interessant, wie das Ausmaß der Migration argumentativ problematisiert wird (und wie eben auch nicht): Der Kostenfaktor der Migration und eine damit verbundene finanzpolitische Benachteiligung deutscher Staatsbürger ist das dominierende Erklärungsmuster dafür, dass die Migrationspolitik Deutschlands größtes Problem sei. Folgendes Zitat illustriert dieses Erklärungsmuster in sehr pointierter Form:

„Die finanziellen Ausgaben für Ausländer gehen einfach zu Lasten der Deutschen. Ich bin nicht ausländerfeindlich, aber die werden einfach besser finanziert.“

Frau, 76 Jahre, Eisenhüttenstadt

Der zweitprominenteste Diskursstrang für das „Migrationsproblem“ ist in den AfD-Hochburgen, dass mit dem Zuzug von Migranten die Kriminalität im Land ansteige. Manche Befragte nennen den „IS-Terrorismus“, „Einbrüche“ oder „sexueller Missbrauch“ als Formen der Kriminalität, die durch die Neuankömmlinge zunehme. In solchen Aussagen steckt nicht selten eine in der Realität nicht haltbare Pauschalität, die alle Migranten zu Terroristen oder Kriminellen macht. Oft beziehen sich die Befragten auf „Berichte in den Nachrichten“, die sie dazu gesehen oder gehört hätten. Dazu passt auch, dass eher von Ängsten vor als von persönlichen Erfahrungen mit Ausländerkriminalität gesprochen wird. Ein Mehrheit differenziert bei diesem Thema aber sehr wohl und wirft nicht alle Migranten in einen Topf, kritisiert aber, wie mit migrantischen Straftätern umgegangen wird: „Mich stört, dass die dann nicht abgeschoben werden“ sagt ein 41-jähriger Mann aus Berlin Marzahn-Hellersdorf und spricht damit stellvertretend für weitere Befragte. In den wenigsten Fällen – das gilt gleichermaßen für Ost- und Westdeutschland – wird die Migrationsthematik über einen kulturellen Angang und eine mögliche Überfremdung problematisiert. Insgesamt lässt sich sagen, dass die Mehrheit der Gesprächspartner keine intrinsisch rassistische Strukturierung der Migrationsthematik vornimmt, also Migranten allein deswegen problematisch findet, weil sie aus einem fremden Land und einer fremden Kultur stammen. Vielmehr sind es Ressentiments, die zwar wie bei der Pauschalisierung im Kriminalitätsdiskurs rassistische Züge tragen können, aber vorrangig einer vergleichenden Abwertungslogik folgen: Weil sich

gefühlt um die Fremden mehr gekümmert wird, fühlt man sich selbst abgewertet und wertet in der Folge die Fremden ab.

In den Gesprächen aus Frankreich zeigt sich neben der Kritik am Krisenmanagement der Regierung, vor allem im Raum Calais, eine Parallele zu der Problembeschreibung der deutschen Befragten: Auch Franzosen vergleichen die neuen Migranten mit der eingesessenen Bevölkerung. Dabei wird einerseits eine Themenverschränkung zwischen Arbeitslosigkeit und Migration vorgenommen, etwa, dass mit dem Zuzug von Menschen die Konkurrenz um Arbeitsplätze steige. Andererseits wird eine Bevorzugung der Migranten beklagt, die folgendes Zitat stellvertretend verdeutlicht:

„Die Migranten werden bevorzugt - vor allem bei Wohnungen und Sozialleistungen.“

Mann, 68 Jahre, Tournehem-sur-la-Hem

Als größtes Problem des Landes, wurde in Deutschland am zweit- und in Frankreich am dritthäufigsten genannt, was sich unter „politische Praxis“ zusammenfassen lässt. Darunter fällt einerseits eine Kritik an der Art und Weise, wie Politik heutzutage gemacht wird und andererseits am Verhalten von Politikern. So werden Politiker oft als unehrlich und egoistisch charakterisiert, sie seien „zu weit weg von uns Menschen“. Viele Befragte beklagen einen zu großen Einfluss von Wirtschaft und Lobbyisten, „die Wirtschaft entscheidet und nicht die Politiker“ ist ein häufiges Denkmuster in beiden Ländern. Unbehagen bereitet auch, was als eine gewisse Blockade und Lösungsinkompetenz der Politik wahrgenommen wird und die folgende Aussage exemplarisch verdeutlicht:

„Die Festgefahrenheit der Politik, ab einer gewissen Stufe im Bund oder der Partei wird nur noch geredet, es gibt vorgetäuschte Aktivitäten, die keine Verbesserungen schaffen.“

Mann, 39 Jahre, Gelsenkirchen-Ost

Ein relevanter Teil der befragten Deutschen identifiziert die Schere zwischen arm und reich, die auch den gesellschaftlichen Zusammenhang gefährdet, und sieht die Außenpolitik als Problembereiche. Zwar werden zu Letzterem auch konkrete außenpolitische Konflikte wie jener mit der Türkei genannt, besonders oft äußern die Befragten allerdings die Kritik, dass sich die Regierung zu viel um außenpolitische und somit zu wenig um innenpolitische Belange kümmere. Nimmt man die verschiedenen wiederkehrenden Beschreibungen der Menschen aus Deutschland zusammen, lässt sich ein übergeordnetes Deutungsmuster erkennen, das sich zugespitzt so zusammenfassen lässt: Wenn die Politik Probleme angeht, dann sind es nicht meine und sie tut es nicht in meinem Interesse. Während sich die Politik um die Probleme von Migranten und anderen Ländern kümmert, so der Eindruck, kommen die eigenen Probleme auf der Agenda der Politik zu kurz. Und wenn sie vorkommen, scheint die Problemlösung von wirtschaftlichen Interessen und nicht vom Ziel, die Gesellschaft zusammenzuhalten, getrieben zu sein. Zusammengefasst ist das ein Gefühl der politischen Benachteiligung. Dieses Gefühl, das auf einer mangelnden Anerkennung und falschen Bearbeitung der Probleme aus der eigenen Lebensrealität beruht, scheint unerschwellig zu brodeln und dann anlassbezogen z.B. in der Ablehnung der Aufnahme einer Vielzahl von Migranten die Oberfläche zu durchstoßen. Dieses Benachteiligungsgefühl findet sich nicht nur in den deutschen, sondern auch in den französischen Antworten. Jedoch beklagen die Franzosen keine Bevorzugung außenpolitischer Themen, was mit einem selbstbewussterem

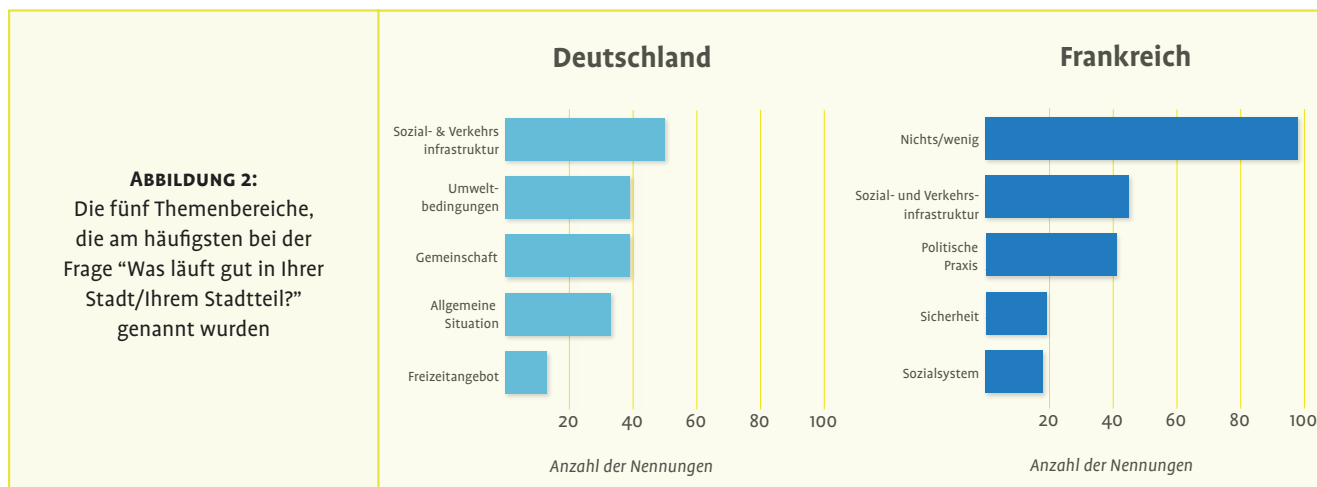
Verständnis der Rolle Frankreichs in der Welt zu tun haben könnte oder der geringeren Zahl an Migranten, die das Land in den letzten Jahren aufgenommen hat.

In diesem Zusammenhang ist auch interessant, wer nach Meinung der Befragten die Probleme im Land am ehesten lösen könnte: Die gute Nachricht für die Demokratie ist, dass sowohl in Frankreich als auch in Deutschland, die staatlichen Institutionen und politischen Akteure mit Abstand am häufigsten genannt werden. In Frankreich stehen Staat und Verwaltung (z.B. die Kommunen) als Problemlöser ganz oben, gefolgt von der Politik, womit in dieser Typologisierung vornehmlich Parteien und einzelne Politiker gemeint sind.¹⁶ In Deutschland ist die Reihenfolge umgekehrt, hier stehen (partei-)politische Akteure als Problemlöser über Staat und Verwaltung. Entscheidend ist nun aber die Beschreibung der Akteure, die zur Lösung der Probleme herangezogen werden können. Ein dominantes Denkmuster ist hierbei, dass „andere Politiker“ oder „andere Parteien“ als die etablierten die Probleme lösen könnten. Für eine 52-Jährige aus Tournehem-sur-la-Hem könnte „jemand, der so lebt wie wir leben, also der sich in unsere Lage versetzen kann“ die Probleme lösen und für einen 80-Jährigen aus Eisenhüttenstadt „vielleicht eine sozialdemokratische Partei, die zu ihren Wurzeln zurückkehrt“. Zu diesen Antworten passt auch, dass eine relevante Anzahl von Befragten die Frage nach dem Problemlöser damit beantwortet, wer es ihrer Meinung nach nicht kann.

Auch dort werden hauptsächlich die aktuellen Mandatsträger genannt. Der AfD und dem FN werden offenbar keine Lösungskompetenzen zugetraut, jedenfalls werden sie nur sehr vereinzelt als Problemlöser genannt. Das bestätigt die typische Einstellung von Protestwählern, die einer Partei nicht aus Überzeugung, sondern aus Ablehnung anderer Parteien, ihre Stimme geben. Schließlich scheint auch kein übermäßig großer Enthusiasmus bezüglich mehr direkte Demokratie, wie sie von AfD und FN gefordert wird, zu herrschen. „Das Volk“ wird selten als Problemlösungsinstanz beschrieben, wobei in Frankreich das Wort „Revolution“ im Gegensatz zu Deutschland des öfteren fällt, was sich historisch unschwer erklären lässt.

Der Blick auf die eigene Umgebung

Ähnlich wie bei den Ausführungen bezüglich der Situation im Land, sprechen die Befragten in Deutschland und Frankreich mehr negative als positive Aspekte der Situation in ihrem Wohnort (Stadt oder Stadtteil) an. Unter den französischen Gesprächspartnern ist auch in diesem Fall die Stimmung noch einmal deutlicher negativer als in Deutschland (Abbildung 2). Nahezu die Hälfte der befragten Franzosen geben zu Protokoll, dass in ihrem Wohnort nichts oder nur wenig gut laufe. In Deutschland werden Aspekte der Verkehrs- und Sozialinfrastruktur (z.B. Einkaufsmöglichkeiten), die Umweltbedingungen am Wohnort (z.B. Ruhe, Grünflächen) und die Gemeinschaft (etwa innerhalb der



¹⁶ Die nicht ganz trennscharfe Unterscheidung zwischen Staat und Politik, wurde hier nach formalen Institutionen des Staates sowie der Verwaltung und parteipolitischen Akteuren vorgenommen.

Nachbarschaft) am häufigsten als positive Aspekte identifiziert.

In Deutschland gibt es jedoch große Unterschiede zwischen den verschiedenen Lebensräumen. Auf dem Land scheinen vor allem die Ruhe und die Natur zur Lebensqualität beizutragen, während die Städter deutlich häufiger die soziale Infrastruktur in Form von Schulen, Kindergärten oder Einkaufsmöglichkeiten loben. So ist es auch in Frankreich, wie die folgende Aussage illustriert:

„Alles ist um die Ecke oder man schnell mit dem Bus hin. Apotheken, Ärzte, Geschäfte und so weiter.“

Mann, 25 Jahre, Marseille - 14. Arrondissement

Danach gefragt, was am eigenen Wohnort schlecht läuft, führen sowohl die französischen als auch die deutschen Befragten am häufigsten Aspekte der Verkehrs- und Sozialinfrastruktur an. Bei den Themen, die an zweiter und dritter Stelle kommen, treten zwischen den beiden Ländern wieder klare Unterschiede zutage: In Frankreich wird die lokale Arbeitslosigkeit am zweithäufigsten und die Lokalpolitik am dritthäufigsten als negative Aspekte genannt. Der eigene Themenbereich Migration kommt an zweiter Stelle gefolgt von schlechten Umweltbedingungen (z.B. Müll, Luftverschmutzung).

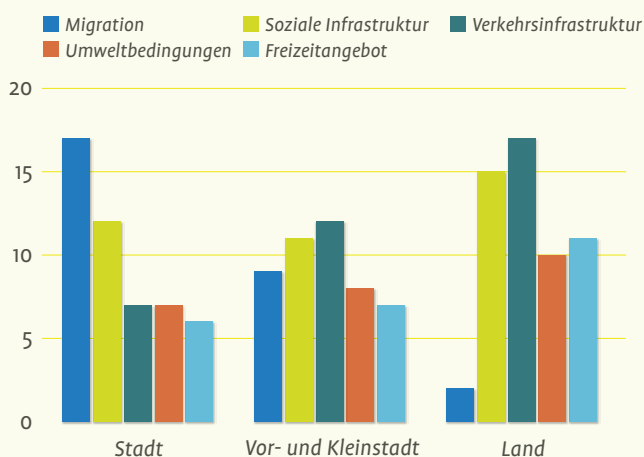
Das Thema Migration, das wie oben beschrieben als größtes Problem Deutschlands ausgemacht wird, soll erneut genauer unter die Lupe genommen werden: Ausländerkriminalität ist hierbei wieder ein zentraler Aspekt in der Problembeschreibung. Zum Teil werden konkrete Fälle krimineller Taten von Migranten geschildert, zum Teil sind es aber erneut Ängste, die vom „Hörensagen“ kommen. Allerdings sprechen die Menschen noch öfter über Kriminalität in ihrer Umgebung ohne sich dabei auf Migranten zu beziehen, weshalb nicht von einer undifferenzierten Verschränkung zwischen Migrations- und Kriminalitätsdiskurs gesprochen werden kann. Prominent in den Problemdiagnosen zum Migrationsthema auf lokaler Ebene ist auch der Punkt der Integration - ein Aspekt der in der Problembeschreibung für die Bundesebene kaum vorkam. So werden Sprachbarrieren beklagt oder dass allgemein zu wenig für die Integration getan wird. Wie sich das auf das Leben in einem Stadtteil auswirken kann, illustriert folgendes Zitat:

„Es gibt kein Zusammenhalt hier, weil hier 70 Prozent Ausländer sind. Da sind auch super Leute mit bei, aber die können kein Deutsch. Dann kann man sich nicht verständigen.“

Mann, 64 Jahre, Duisburg-Neumühl

ABBILDUNG 3:
Häufigkeiten verschiedener Themenbereiche in den Antworten auf die Frage „Was läuft in Ihrer Stadt/Stadtteil schlecht?“ (nach räumlichen Kategorien in Deutschland)

Anzahl der Nennungen



Obwohl unter allen deutschen Befragten, egal ob sie in der Stadt oder auf dem Land wohnen, Migration das häufigst genannte Problem Deutschlands ist, gilt das für die eigene Umgebung nur für die urbanen Befragten (Abbildung 3). Auf die Frage, was am eigenen Wohnort schlecht läuft, nennen die Menschen aus ländlichen sowie klein- und vorstädtischen Räumen am häufigsten die Anbindung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) und den Mangel an Einrichtungen der sozialen Infrastruktur, z.B. Einkaufsmöglichkeiten, ärztliche Versorgung, Schulen und Kindergärten. Folgende Aussage fasst mehrere Aspekte zusammen, die wiederholt angesprochen werden:

„Die Busverbindungen sind sehr schlecht, unter der Woche kommt der nur einmal pro Stunde, am Samstag kommt man nach 15 Uhr gar nicht mehr weg. Viele alte Frauen würden gerne noch was machen, aber das geht deswegen nicht. Und der Postkasten ist abmontiert worden, der einzige hier ist für viele nicht mehr fußläufig zu erreichen, der ist ganz am Ende der Siedlung. Im Winter wird nicht die Straße geräumt, haben die letzte Einstufung durch das Straßenamt, erst wenn ein Notarzwagen nicht mehr durchkommt, dann wird geräumt.“

Frau, 54 Jahre, Gelsenkirchen-Ost

In den ländlichen Gebieten wird zudem sehr häufig das mangelnde Freizeitangebot, meist in Form von Kultur- oder Jugendangeboten, beschrieben. Zusammengefasst

lässt sich außerhalb der Großstädte in Deutschland folgendes Muster erkennen: Gerade wenn Menschen miterleben müssen wie lokale Angebote, etwa der altingesessene Metzger oder sogar der Briefkasten aus ihrem Lebensumfeld verschwinden, scheint ein Gefühl des „Verlassenwerdens“ zu entstehen. In der politischen Debatte werden solchen Regionen als „strukturell schwach“ bezeichnet. Angesichts der Schilderungen in den Gesprächen muss man eher von „strukturell geschwächten“ Regionen sprechen. Ihre heutige, prekäre Situation ist kein Naturzustand, sie wurden von wirtschaftlicher, sozialer und öffentlicher Infrastruktur verlassen. Auch in den Gesprächen in Frankreich kommt dieses Gefühl des Verlassenseins zum Vorschein, wobei hier einmal mehr die Symptome der Wirtschaftskrise durchschlagen: Am meisten beklagen die Menschen das Schließen kleiner Läden in ihrer Umgebung.

Der Blick auf den eigenen Alltag

Es mag im Lichte der bisherigen Ergebnisse zunächst widersprüchlich erscheinen, dass (mit knappem Vorsprung) die meisten befragten Franzosen und Deutschen die Frage nach dem größtem Alltagsproblem damit beantworten, keine Probleme zu haben. Für manche Befragte könnte zutreffen, dass sie Hemmungen hatten gegenüber einer fremden Interviewerperson über Alltagsprobleme zu sprechen. Andererseits haben viele Menschen von sehr persönlichen Schwierigkeiten wie ihren Geldnöten oder Überforderung und Konkurrenzdruck am Arbeitsplatz berichtet. Eine andere mögliche Erklärung ist, dass für einige Befragte die Probleme, die sie für das gesamte Land identifiziert haben (etwa Migration und die politische Praxis), ihren persönlichen Alltag nur wenig tangieren.

Blicken wir nun aber auf die Alltagsprobleme, die die Gesprächspartner tatsächlich zum Ausdruck bringen: In Frankreich sind finanzielle Schwierigkeiten (Miete, Rente, Steuern) das oberste Problem, gefolgt vom Themenkomplex Arbeit, worunter in erster Linie Arbeitslosigkeit zu verstehen ist. Bei den Deutschen rangiert das Thema Arbeit als größter Problembereich vor Aspekten der lokalen Verkehrs- und Sozialinfrastruktur. Im Vergleich der deutschen und französischen Antworten wird einmal mehr die schlechtere Lage des französischen Arbeitsmarktes deutlich: Während die

französischen Befragten in erster Linie die Arbeitslosigkeit als ihr größtes Problem beschreiben, sind es für die Deutschen vornehmlich die Bedingungen an ihrem Arbeitsplatz. Dazu gehören ein hoher Stressfaktor, Unsicherheit durch Leiharbeit, die schlechte Vereinbarkeit von Familie und Beruf und als meist genannter Aspekt, dass der Lohn nicht die eigenen Kosten deckt, wie folgende Aussage illustriert:

„Das fehlende Geld ist mein Hauptproblem, obwohl ich Vollzeit arbeiten gehe. Auch viele Freundinnen sind alleinerziehend - das kann man nicht mit ansehen! Gerade ist die Schule wieder los gegangen, vier Hefte 20 Euro! Ich habe 15 Jahre lang den gleichen Lohn bekommen, aber alles wird teuer.“

Frau, 39 Jahre, Duisburg-Neumühl

Hinsichtlich der Verkehr - und Sozialinfrastruktur sind es erneut Themen wie die ÖPNV-Anbindung und die Ticketpreise sowie die mangelnde Kinderbetreuung und gesundheitliche Versorgung, die den Alltag der deutschen Befragten erschweren. Im Vergleich von Ost- und Westdeutschland ist die Rangliste der fünf

größten Problemfelder erneut deckungsgleich. Feine Unterschiede gibt es jedoch: Während in den westdeutschen Regionen deutlich öfter die Arbeitsbedingungen beklagt werden (auch hier vor allem der niedrige Lohn), haben die ostdeutschen Befragten häufiger von einer schlechten ärztlichen Versorgung berichtet. Etwas größere Unterschiede als zwischen Ost und West, gibt es innerhalb dieser Regionen im Stadt-Land-Vergleich (Abbildung 4): Für die Stadtbevölkerung sind die Arbeitsbedingungen (Lohn, Stressbelastung) das oberste Alltagsproblem. Auf dem Land bereitet den Menschen die Verkehrsinfrastruktur, das heißt die ÖPNV-Anbindung und marode Straßen, am meisten Probleme.

In den vor- und kleinstädtischen Räumen macht den Menschen, stärker als in den anderen Gegenden, die Abwanderung sozialer Infrastruktur zu schaffen. Die Gespräche zeigen, dass das Aussterben lokaler Geschäfte nicht allein ein ländliches Phänomen ist, sondern sehr wohl auch in einer Kleinstadt mit 30.000 Einwohnern auftritt, wie dieses Zitat deutlich macht:

„Dass es nur noch zentrale Kaufhallen gibt, die weit entfernt sind. Es gibt nur drei Läden im Umfeld, was für ältere Menschen einfach unmöglich ist. Man kriegt Angst alt zu werden.“

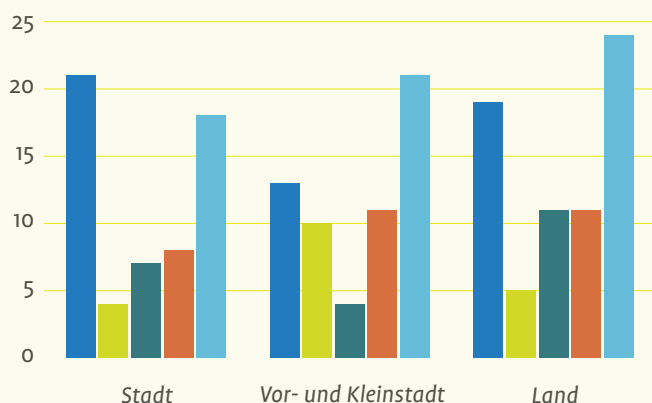
Mann, 74 Jahre, Eisenhüttenstadt

ABBILDUNG 4:

Häufigkeiten verschiedener Themenbereiche in den Antworten auf die Frage „Was ist das größte Problem, das sie in ihrem Alltag haben?“ (nach räumlichen Kategorien in Deutschland)

Anzahl der Nennungen

Arbeitsplatz/Arbeitsbedingungen Soziale Infrastruktur Verkehrsinfrastruktur
Finanzielle Situation Kein Problem



Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die größten Alltagsprobleme der befragten Menschen in den Hochburgen des FN und der AfD wirtschaftlicher Natur sind oder sich auf Lücken der Daseinsvorsorge beziehen. Die deutschen Befragten beklagen unzureichende und teils langfristig stagnierende Löhne, die zu Erwerbsarmut führen können, sowie den Zustand der Verkehrsinfrastruktur und die lokalen Möglichkeiten zur Versorgung, sei es mit Lebensmitteln oder ärztlichen Leistungen. Die beiden letzten Themen wurden, wie oben beschrieben, auch als Probleme des eigenen Wohnorts angeführt. Interessant ist jedoch folgender Unterschied in den deutschen Problembeschreibungen zwischen gesellschaftlicher (Land, Wohnort) und persönlicher Ebene (Alltag): Während das Thema Migration als größtes Problem für das Land und auch als eine zentrale Belastung für den eigenen Wohnort herausgestellt wird, existiert es in der Wahrnehmung der Menschen nicht als Problem für ihren Alltag. Hier scheint sich ein Deutungsmuster zu verfestigen, das zuvor schon angedeutet wurde: Es sind ökonomische, soziale und infrastrukturelle Mangelserscheinungen, die den Alltag erschweren - wie der Lohn, der seit Jahren stagniert und die Lebenskosten nicht deckt, oder der Bus, der nur sporadisch kommt. Dinge, denen der Staat zumindestens teilweise mit Investitionen oder gesetzlichen Maßnahmen entgegenwirken könnte. Doch weil der eigene Alltag schwierig bleibt, aber in der Wahrnehmung vieler Menschen gleichzeitig das Leben der Migranten „einfacher“ gemacht wird, entsteht hier eine Verschiebung in der Verantwortungszuschreibung: Statt die meist sozialpolitischen Ursachen für die Alltagsprobleme zu benennen, werde jene gesellschaftlichen Gruppen zum Problem erklärt, deren Probleme vermeintlich bevorzugt gelöst werden.

Die Gesprächspartner wurden auch gefragt, wer ihrer Meinung nach ihre Alltagsprobleme am ehesten lösen könnte. Obwohl Franzosen und Deutsche gleichermaßen eher gesellschaftspolitische als private Probleme angesprochen haben, unterscheiden sich die Antworten nach dem möglichen Problemlöser: Die Franzosen sehen am meisten sich selbst oder ihr soziales Umfeld als diejenigen an, welche die Alltagsprobleme lösen könnten. Das Vertrauen in die Politik oder den Staat scheint hierbei - im Gegensatz zur Lösung der Probleme des Landes - weniger stark ausgeprägt zu sein. Anders bei den Deutschen: Dort sehen deutlich mehr

Befragte die Politik oder den Staat in der Lage, die Alltagsprobleme zu lösen, eher als dass man selbst oder das soziale Umfeld dies tun könnte. Zwischen Ost- und Westdeutschland gibt es in dieser Haltung auch keine Unterschiede. Aussagen wie „Politiker müssen eben solche Politik machen, dass dem kleinen Mann mehr in der Tasche bleibt am Ende des Monats“ von einer 55-jährigen Frau aus Datteln stehen stellvertretend für zahlreiche Antworten. Auch die Lokalpolitik wird vermehrt als Problemlöser genannt, die AfD hingegen kaum. Der Front National in Frankreich ebenso wenig.

Der Blick in die Zukunft

Um mit den Menschen über die Zukunft zu sprechen, wurden sie zunächst auf ein kleines Gedankenexperiment eingeladen. Im ersten Schritt sollten sie annehmen, dass sie selbst in die Politik gehen wollten, um dann im zweiten Schritt zu beschreiben, was ihr wichtiges Versprechen an die Wähler wäre, das sie auch tatsächlich einhalten könnten. Im deutsch-französischen Vergleich bestätigt sich zunächst ein nunmehr bekanntes Muster: Bei den Franzosen würde die Wirtschaftspolitik und hierbei die Schaffung von Arbeitsplätzen ganz oben in der eigenen Programmatik stehen. Die Verbesserung der sozialen Infrastruktur und der inneren Sicherheit kommen danach. Die Deutschen würden zuvörderst sozialpolitische Maßnahmen versprechen, um Gerechtigkeitslücken in der Gesellschaft zu schließen. Manche Befragte schlagen dafür klassische Umverteilungsmaßnahmen vor, vielen geht es aber auch um eine starke Grundsicherung:

„Den Sozialstaat so gestalten, dass alle gerecht behandelt werden. Also Arbeit ohne Ausbeutung, aber auch Selbstverantwortung einfordern, ohne geht es nicht. Aber der Sozialstaat als Netz für alle, die das brauchen.“

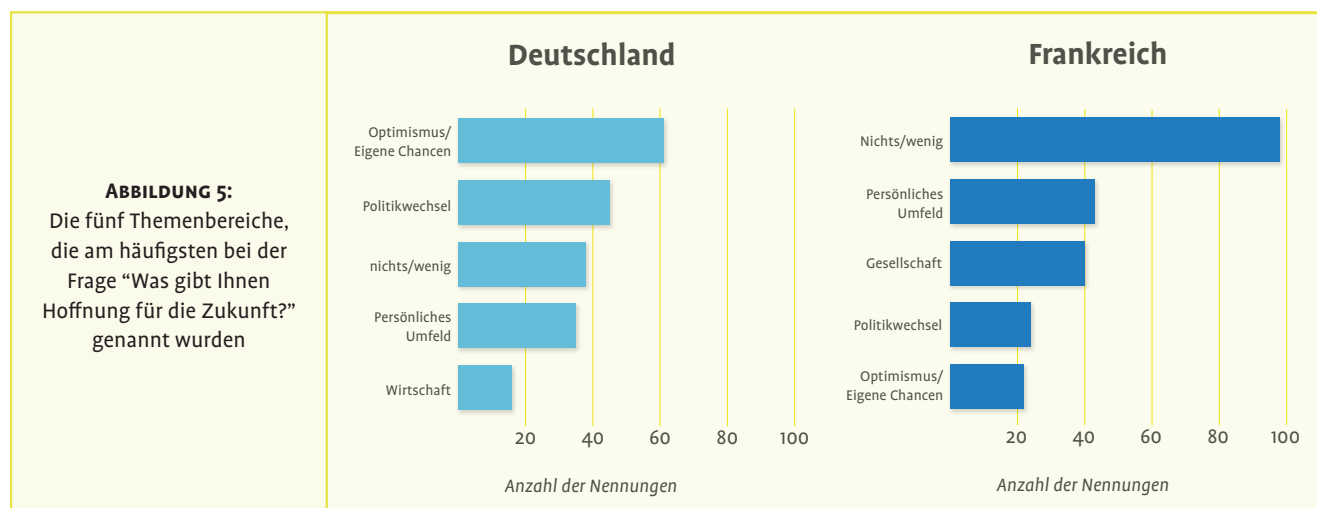
Mann, 40 Jahre, Gelsenkirchen-Ost

Bemerkenswert erscheint, dass die Befragten in Deutschland zwar Migration zum größten Problem des Landes erklären, aber wenn sie selbst als Politiker Veränderungen durchsetzen könnten, wären diese in erster Linie sozialpolitischer Natur. Konkrete Maßnahmen, die vermehrt vorkommen, sind „Mindestrente“, „höherer Mindestlohn“, „bedingungsloses Grundeinkommen“ und die „Unterstützung Alleinerziehender“. „Niemand soll hinten runterfallen“ - so könnte man zusammenfassen, was die Menschen in den Gesprächen unter sozialer Gerechtigkeit verstehen.

Der zweithäufigste Themenkomplex, der von den Befragten in Deutschland als „Wahlversprechen“ angeführt wird, ist die politische Praxis. Was weiter oben als Mangel am aktuellen Politikbetrieb festgestellt wurde, wird bei dieser Frage in ein Versprechen „es anders zu machen“ umgemünzt. Unabhängigkeit von Lobbyisten, Bürgernähe, Ehrlichkeit und immer wieder: „authentisch sein, auf Transparenz und Argumente setzen, keine Schlagworte nutzen im politischen Diskurs allgemein“, so die Worte eines 50-jährigen Mannes aus Gelsenkirchen-Ost. Zum Versprechen eines anderen Politikstil passt auch, dass viele Menschen gar keine Wahlversprechen machen würden. Nicht, weil ihnen keine einfielen, sondern weil sie befürchteten, diese in der politischen Realität nicht einhalten zu können. Stattdessen sei es sinnvoller „Schritt für Schritt zu agieren, ohne Visionen und Spinnereien“, wie es ein 79-jähriger aus Fürstenwalde ausdrückt. An vierter Stelle kommt auch die Migrationspolitik als Themenfeld bei den Wahlversprechen vor. Forderungen nach besser Integration und Begrenzung der Migration halten sich etwa die Waage.

Hervorstechend ist aber die Überführung des Gefühls der Benachteiligung gegenüber Flüchtlingen in Forderungen, die einen „Deutschland zuerst“-Sound haben. Nach diesem Denkmuster formuliert eine 50-jährige Frau aus Duisburg-Neumühl: „Mehr für die hart arbeitenden Deutschen tun und etwas versetzt erst für die Migranten“. Äquivalente „Frankreich zuerst“-Forderungen kommen in den Gesprächen im Nachbarland hingegen kaum zum Ausdruck.

Ein zentrales Interesse dieses Projekts ist, wie die Menschen ihre Sorgen und Hoffnungen für die Zukunft selbst beschreiben. Zunächst lässt sich auch hier feststellen, dass die Menschen mehr Redebedarf über die negativen Seiten haben. Die Ausführungen über ihre Sorgen waren - gemessen an den Protokollen der Gespräche - etwa ein Drittel umfangreicher als jene über ihre Hoffnungen. Das gilt gleichermaßen für Frankreich und Deutschland. Erneut fallen die Antworten der französischen Gesprächspartner noch pessimistischer aus als die der Deutschen. Nahezu die Hälfte der französischen Befragten geben an, dass ihnen nichts oder nur wenig Hoffnung gebe für die Zukunft. Diese negative Sicht ist zwischen Stadt und Land recht gleichmäßig verteilt. Die zweit- und dritthäufigste Antwort der Franzosen ist, dass ihnen ihr Umfeld (vor allem die Familie) und die Gesellschaft, verstärkt auch die Jugend, Hoffnung für die Zukunft gäben. Persönliche Aspekte, die die Haltung des Individuums betreffen, wie Optimismus und Selbstvertrauen, rangieren an fünfter Stelle. Bei den meisten befragten Deutschen stehen diese Aspekte der inneren Haltung ganz oben auf der Liste der Dinge, die ihnen Hoffnungen gäben. Der Optimismus speist sich



zum einen aus dem Glauben an sich selbst („selber Probleme anpacken, nicht auf andere warten“) oder aber an die beruflichen Rahmenbedingungen („dass ich im Job weiter aufsteige“). Ebenfalls sehr häufig nennen die Gesprächspartner in den AfD-Hochburgen, dass ihre Hoffnung sei, dass sich politisch etwas ändern könnte. Diese Hoffnung wird vermehrt auch mit der zum Zeitpunkt des Interviews kurz bevorstehenden Bundestagswahl begründet, wie folgende Aussage illustriert:

“Dass die Wahlen bevorstehen gibt Hoffnung, nicht viel, aber ein bisschen. Eine perfekte Partei gibt es nie, aber ein bisschen Hoffnung hat man da schon.”

Mann, 28 Jahre, Duisburg-Neumühl

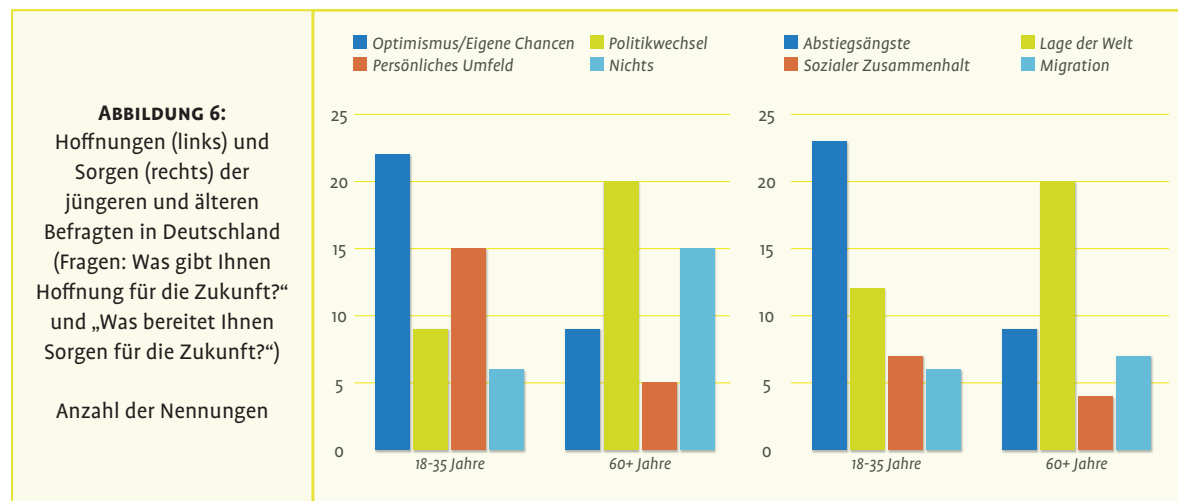
Es kann als gutes Zeichen für das Demokratieverständnis der Befragten aufgefasst werden, dass die Hoffnung auf einen Politikwechsel mit den demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten verknüpft werden. Ein kleiner Teil hofft dabei jedoch eher auf eine Änderung „von unten“ als von den etablierten Akteuren: „Das einige politisch wach werden und sich aufrütteln. Dass das Volk aktiver wird“ sagt ein 72-Jähriger Mann aus Berlin Marzahn-Hellersdorf.

An dritter Stelle steht bei den deutschen Antworten die pessimistische Sicht auf die Zukunft, sprich, dass es keine oder wenig Hoffnung gäbe. Darauf folgen das Umfeld des Einzelnen, allen voran die Familie, sowie die Gesellschaft, wobei wie in Frankreich die Jugend vermehrt genannt wird. Bemerkenswert ist, dass sich sowohl zwischen den verschiedenen regionalen Ebenen als auch zwischen Ost- und Westdeutschland die „Hoffnungsträger“ der Menschen sehr stark gleichen. Als kleiner Unterschied ist allein auszumachen, dass den ostdeutschen Befragten das persönliche Umfeld mehr Hoffnung gibt als den westdeutschen.

Sehr interessante Differenzen ergeben sich allerdings beim Vergleich verschiedener Altersgruppen (Abbildung 6). Am deutlichsten treten diese zwischen den jüngeren Befragten (18 bis 35 Jahre) und den Befragten über 60 Jahre auf. Während die Jüngeren starke Hoffnungen in sich selbst setzen, erwarten sie von der Politik kaum positive Veränderungen. Diese Haltung bringt folgende Aussage stellvertretend auf den Punkt:

„Es sind eher private Sachen, die mir Hoffnung machen. Also was man sich selber erarbeiten muss, von der Politik erwarte ich weniger.“

Frau, 22 Jahre, Gelsenkirchen-Ost



Ganz anders ist es bei den Älteren: Die meisten von ihnen hoffen auf positive Veränderungen durch die Politik, während ein relevanter Teil jedoch gar keine Hoffnungen mehr hat und ein anderer sich von der Gesellschaft, allen voran der Jugend, Positives für die Zukunft erhofft. Stellvertretend für diese Ansicht der älteren Generation steht folgende Antwort:

„Junge Leute mit vernünftigen Standpunkten, die sich auch engagieren und nicht nur ihre eigenen Interessen durchsetzen wollen.“

Frau, 74 Jahre, Berlin-Marzahn

Blicken wir nun auf die Sorgen der Menschen (Abbildung 7): Im französisch-deutschen Vergleich schlagen sich ein weiteres Mal die unterschiedlichen wirtschaftlichen Bedingungen nieder. Den Franzosen bereitet, mehr als alles Andere, die wirtschaftliche Lage des Landes Sorgen für die Zukunft. Gefolgt von Ängsten um die eigene Zukunft und die der Kinder sowie der derzeitigen Lage der Welt (allen voran ein möglicher Krieg mit Nordkorea).

Bei den Deutschen speisen sich die Sorgen am häufigsten aus Ängsten um die Zukunft der Kinder und einen möglichen persönlichen Abstieg. Letzteres illustriert das folgende Zitat:

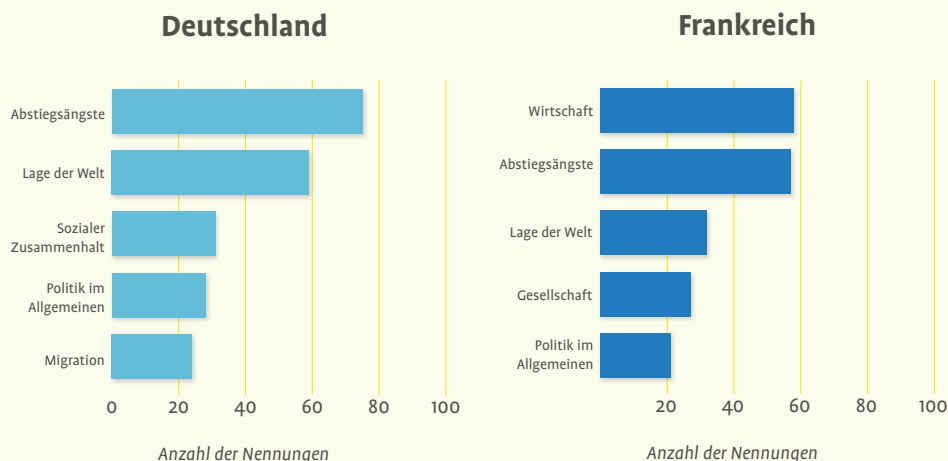
„Die Sorge vor Altersarmut. Ich gehe jeden Tag arbeiten und ich weiß, ich werde meine Miete nicht mehr zahlen können und ich stehe beim Sozialamt, obwohl ich hier alles geleistet habe.“

Frau, 39 Jahre, Duisburg-Neumühl

An zweiter Stelle der häufigsten Sorgen steht bei den deutschen Befragten die Lage der Welt. Als Unsicherheits- und Krisenfaktoren identifizieren die Deutschen allen voran die Türkei, Donald Trump und Nordkorea. Viele der Befragten befürchten konkret, dass es bald zu einem neuen Krieg kommen könnte. „Trump, Erdogan und Nordkorea. Man muss sich sorgen, dass es bald Krieg gibt“, fasst ein 77-jähriger Mann aus Fürstenwalde dieses weit verbreitete Gefühl zusammen. An dieser Stelle wird noch einmal ein wichtiger Zusammenhang deutlich: Zwar kritisieren die Befragten, wie oben

ABBILDUNG 7:

Die fünf Themenbereiche, die am häufigsten bei der Frage „Was bereitet Ihnen Sorgen für die Zukunft?“ genannt wurden (Politik im Allgemeinen)



beschrieben, dass sich die Regierung mehr um andere Länder als um die eigenen Bürger kümmere, aber dem liegt eine als falsch empfundene Bevorzugung außenpolitischer Themen zugrunde, keine Ignoranz gegenüber der Lage der Welt.

An dritter Stelle der häufigsten Sorgen steht der soziale Zusammenhalt der Gesellschaft, wobei das Rentensystem sowie die Schere zwischen Arm und Reich die Menschen in diesem Themenbereich am stärksten besorgen. Bei den Äußerungen über die Politik im Allgemeinen, die an vierter Stelle der Sorgen steht, ist interessant, dass in den AfD-Hochburgen sowohl die Sorge vor einer ausbleibenden Kurskorrektur der aktuellen Politik als auch vor einem Rechtsruck wiederholt zum Ausdruck kommt. Schließlich besorgt auch einen relevanten Teil der Befragten das Migrationsthema. Erneut wird die hohe Anzahl von Geflüchteten und die damit verbundenen Kosten angesprochen, wie folgendes Zitat illustriert:

“Die Flüchtlingspolitik macht mir Sorgen. Es werden immer mehr kommen. Es ist richtig, human zu sein, Kriegsflüchtlinge sollen immer bleiben dürfen. Aber bei anderen Ländern ist das anders. Zuwanderung aus Rumänien und solchen Ländern ist immer Zuwanderung in Sozialsysteme. Und diese Sozialleistungen müssen finanziert werden - aber das ist nicht möglich. Auch die Integration funktioniert überhaupt nicht: libanesischen Banden haben das Sagen in Neukölln und Wedding.”

Mann, 64 Jahre, Berlin-Marzahn

Beim Vergleich der verschiedenen Altersgruppen fällt auf, dass Altersarmut auch schon von den jüngeren Befragten vermehrt als eine Form der Abstiegsangst geäußert wird. Gleichzeitig aber auch, dass die Kinder es einmal schlechter haben werden oder aber Zweifel daran, ob man sich Kinder überhaupt leisten könne. Insgesamt fällt die Rangliste der Zukunftssorgen von jüngeren und älteren Befragten unterschiedlich aus: Während bei den 18- bis 35-jährigen persönliche Abstiegsängste vor der Lage der Welt und der sozialen Lage der Gesellschaft (auch hier interessanterweise zuvörderst das Rentensystem) stehen, rangiert bei den Befragten „60 plus“ die Weltlage vor Abstiegsängsten und Fragen der Migration.

Zwischen den regionalen Ebenen gibt es wiederum nur kleinere Differenzen. Anders ist es zwischen Ost- und Westdeutschen: Die Befragten aus Ostdeutschland führten am häufigsten die Weltlage und hierbei den Konflikt zwischen den USA und Nordkorea als ihre größte Sorgen an. Die Westdeutschen sprechen am meisten über ihre Abstiegsängste und erst dann über die Lage der Welt.

5. Zusammenfassung der Ergebnisse

Die dominierenden Deutungsmuster aus den Gesprächen sollen nun zunächst als Zwischenschritt zusammengefasst werden, bevor mögliche Handlungsfelder zur Lösung der identifizierten Probleme skizziert werden. Vorangestellt sei an dieser Stelle, dass der Fokus bei der Ergebnisbeschreibung auf die wichtigsten Themen und Deutungsmuster gelegt wurde. Selbst wenn Themen wie Bildungspolitik, Erinnerungskultur oder Klimawandel in den beschriebenen Ranglisten von Themengebieten nicht vorkommen, heißt das keinesfalls, dass diese von den Befragten nicht angesprochen wurden. Sie gehören dann schlichtweg nicht zu den am häufigsten thematisierten Feldern.

Aus den 500 Gesprächen in sozioökonomisch schlechter gestellten Regionen in Frankreich und Deutschland mit hohem rechtspopulistischen Wähleranteil, lassen

sich drei zentrale Deutungsmuster heraus distillieren, welche die Wahrnehmung der Menschen von gesellschaftlichen und persönlichen Zuständen prägen:

Erstens, die Kritik an oder gar die Ablehnung der Aufnahme von einer hohen Anzahl Migranten beruht auf einer vergleichenden Abwertungslogik: Menschen fühlen sich abgewertet, weil ihnen in ihrer Wahrnehmung Unterstützung vom Staat verweigert wird, Geflüchteten aber sehr wohl angeboten wird, weshalb sie als Reaktion darauf die Zugewanderten abwerten. Migranten werden hierbei als Konkurrenten um soziale Leistungen gesehen (und in Frankreich um Arbeitsplätze) und daher auch zum Problem selbst erklärt. Aus dem Gefühl der Benachteiligung folgt die Annahme: Weniger Migranten bedeutet mehr für mich.

Zweitens, dass sich viele negative Aspekte der eigenen Lebenswelt nicht zum Besseren ändern, wird mit einer Problemverweigerung der Politik erklärt. Das Unbehagen über die mangelnde Anerkennung der alltäglichen Probleme durch die Politik, z.B. dass der Lohn nicht zum Leben reicht, wird in dieser Wahrnehmung durch eine zu hohe Priorisierung von außenpolitischen Themen verstärkt. Charakterschwäche von Politikern sowie der hohe Einfluss wirtschaftlicher Interessen führten zu einer Politik, die nicht den Menschen diene. Daraus folgen Forderungen nach einem neuen Politikstil und einem Politikwechsel, was im Hinblick auf die Bevorzugung der Probleme „Anderer“ in einer „Deutschland zuerst“-Linie mündet.

Drittens, prägt die Wahrnehmung der Menschen aus den ländlichen, aber auch klein- und vorstädtischen Gebieten ein Wegbrechen von Sozial- und Verkehrsinfrastruktur. Das Miterleben der Strukturschwächung der eigenen Umgebung, sei es durch das Abmontieren des öffentlichen Briefkastens oder der Streichung von Busverbindungen, führt zu einem persönlichen Entwertungsgefühl.

Basierend auf diesen Deutungsmustern ist die weit verbreitetste Zukunftssorge dieser Menschen der eigene Abstieg, das heißt vor allem Jobverlust, Armut im Alter oder ein schlechteres Leben für die Kinder. Hoffnungen setzten die Menschen jedoch in eine Veränderung durch die Politik.

6. Handlungsfelder

Bei welchen Handlungsfeldern angesetzt werden kann, um auf die beschriebenen Herausforderungen der Menschen in strukturschwachen Regionen einzugehen, soll nun anhand von fünf komplementären Denkanstößen skizziert werden.¹⁷ Da der Fokus dieses Papiers auf den deutschen Ergebnisse des Projekts liegt, konzentrieren sich auch diese Ansatzpunkte in erster Linie auf den deutschen Kontext.

1. INNERE SOLIDARITÄT ALS VORAUSSETZUNG FÜR ÄUSSERE SOLIDARITÄT

Als Angela Merkel sagte, „wir schaffen das“, könnten viele der befragten Menschen gedacht haben, „aber ich schaffe das nicht“. Denn die Menschen sehen sich selbst als gesellschaftliche Abstiegs-kandidaten: Sie merken, dass es schon heute nicht einfach ist über die Runden zu kommen und erwarten, dass es künftig noch schwieriger wird. Die individuellen Schilderungen zu Erwerbsarmut oder Ängsten um den Arbeitsplatz korrespondieren dabei durchaus mit Befunden auf der Makro-Ebene: Das DIW stellte zuletzt Anfang 2017 fest, dass zwar bei mittleren und oberen Einkommensgruppen die Realeinkommen seit 1991 um acht Prozent oder mehr gestiegen seien, aber „die einkommensschwächsten Gruppen reale Einkommensverluste hinnehmen“ mussten.¹⁸ Auch in einem internen Papier des Bundeswirtschaftsministerium hieß es im Sommer 2017: „Deutschland hat (nach wie vor) ein Lohnproblem“.¹⁹ Das Arbeitsentgelt der unteren 40 Prozent hat demnach heute weniger Kaufkraft als vor 20 Jahren. Zudem nehmen Teilzeit- und Minijobs, also Beschäftigungsformen mit erhöhtem Armutsrisiko, stark zu, während tarifgebundene Arbeitsverhältnisse

¹⁷ Die Vorschläge beruhen auf einer für qualitative Ansätze üblichen „theoretischen Generalisierung“. Eine statistische Verallgemeinerbarkeit kann bei einer nicht-repräsentativen Stichprobe von 500 Gesprächen nicht beansprucht werden.

¹⁸ Der Artikel zur Entwicklung der Realeinkommen ist im DIW Wochenbericht 4/2017 erschienen.

¹⁹ Über das Papier aus dem Bundeswirtschaftsministerium berichtete die Süddeutsche Zeitung am 22.9.2017: <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/ungleiche-loehne-in-deutschland-deutschland-hat-ein-lohnproblem-1.3634993>

abnehmen. Altersarmut ist für solche Menschen eine realistische Perspektive. Die Angst vor dem Abstieg, wie sie auch andere Studien als verbindendes Merkmal rechtspopulistischer Wähler beschreiben, war bei den Teilnehmenden der vorliegenden Befragung deutlich zu spüren. Sie scheint auch ein wesentlicher Treiber für die Ablehnung der Aufnahme einer hohen Anzahl (keinesfalls grundsätzlich aller!) Migranten zu sein. Trotz des Auftretens von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, die laut den „Mitte-Studien“ der Friedrich-Ebert-Stiftung bis tief in die gesellschaftliche Mitte hinein reichen, war die Abstiegsangst möglicherweise das größte Hindernis für die Aufnahme derart vieler Menschen.²⁰ Einer Gesellschaft, die sozial tief gespalten statt ausreichend ausgeglichen ist, fehlen womöglich die Voraussetzungen für das Maß an Humanität, das ihr im Herbst 2015 „von oben“ auferlegt wurde. Gleichzeitig sind es eben genau diese Entscheidungsträger, welche die Solidarität mit Fremden einforderten, aber auch die Solidarität unter den Hiesigen zusammenschrumpfen ließen. Dieser Spagat konnte nicht gelingen. Jedenfalls zeigen die Ergebnisse der Gespräche: Wer Angst um seine und die Zukunft seiner Angehörigen hat, kann anderen nur bedingt helfen. Die Schlussfolgerung daraus lautet daher: Eine nach außen offene und solidarische Gesellschaft, muss nach innen gefestigt und mindestens genauso solidarisch sein.

2. INFRASTRUKTUR ZUR FÖRDERUNG DER CHANCENGLEICHHEIT

In der Diskussion um „abgehangene Regionen“ wird oft das Postulat der „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet“ aus Artikel 72, Absatz 2 des Grundgesetzes zitiert. In vielerlei Hinsicht ist der Artikel 72 ein Spielball der politischen Debatte, konkretisiert das Grundgesetz doch nicht, was „gleichwertige Lebensverhältnisse“ sein sollen. Noch in seiner Funktion als brandenburgischer Ministerpräsident warf Matthias Platzeck ein, dass „gleichwertig nicht gleich“ bedeuteten könne.²¹ In dieser Allgemeinheit gesprochen, ist das wahrscheinlich so, führen doch

unterschiedliche Lebensstile und Lebensräume per se zu ungleichen Lebensverhältnissen. Im Widerspruch zu gesellschaftspolitischen Zielen steht allerdings, wenn eine Unterversorgung an lebensnotwendig erachteten Gütern und Leistungen nicht nur zu ungleichen Lebensverhältnissen, sondern auch zu ungleichen Lebenschancen führt. Die Digitalisierung ist das aktuellste Beispiel dafür, wie etwa ein lokaler Unternehmer im ländlichen Raum mangels Breitbandausbau deutlich schlechtere Chance für seine Firma haben kann als ein ähnlich aufgestellter Unternehmer aus einem Gebiet mit guter Verbindung. Die Versorgung mit Breitbandzugang zieht gerade erst in den infrastrukturellen Bereich der Daseinsvorsorge ein.²² Klassischerweise gehören aber genau jene Aspekte der Sozial- und Verkehrsinfrastruktur zur Daseinsvorsorge, die in dem Lebensumfeld der befragten Menschen zusammengestrichen oder ganz verschwunden sind: Der öffentliche Nahverkehr, Einkaufsmöglichkeiten, Kinderbetreuung. Nicht nur die individuellen Lebenschancen, sondern auch die Möglichkeiten zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, zur Alltagsgestaltung und Verwirklichung von Lebensqualität sind stark an das Vorhandensein der Daseinsvorsorge gekoppelt. Neben der Existenz sind auch die Kosten dafür, etwa das Ticket für den Bus, entscheidend. Mit anderen Worten: Die Daseinsvorsorge hat integrierende Kraft für die Gesellschaft, wenn sie zerbröckelt oder zum Luxusgut wird, passiert das auch mit dem gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die Schilderungen aus Gelsenkirchen-Ost, wo der Briefkasten nicht mehr fußläufig erreichbar ist und der Bus am Samstag nach 15 Uhr nicht mehr fährt, zeigen, dass selbst in solch suburbanen Gegenden ein Mindestmaß an Daseinsvorsorge unterschritten ist. CDU/CSU und SPD haben sich Anfang 2018 in ihrem Koalitionsvertrag darauf verständigt, eine Kommission mit dem Namen „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ einzurichten, die konkrete Vorschläge zur Bekämpfung von Struktur- und Entwicklungsschwächen entwickeln soll. Angesichts der Ergebnisse dieser Studie erscheint es von zentraler Bedeutung, in dieser Kommission ein ganzheitliches Konzept zu entwickeln, das ein Mindestmaß an Daseinsvorsorge in allen Regionen gewährleistet- sei es durch mobile ärztliche Leistungen oder einer Mindestfrequenz des ÖPNV.

²⁰ Eine Übersicht zu den „Mitte-Studien“ der Friedrich-Ebert-Stiftung von 2006 bis 2016 kann hier eingesehen werden: http://www.fes-gegen-rechtsextremismus.de/inhalte/studien_Gutachten.php

²¹ Pressemitteilung der brandenburgischen Staatskanzlei vom 31.5.2004: Wie weiter mit dem Aufbau Ost? Platzeck legt konkrete Vorschläge vor

²² Pressemitteilung des Deutschen Städte- und Gemeindebunds vom 24.6.2017: Digitalisierung der Daseinsvorsorge braucht eine nationale Strategie

3. STRUKTURSTÄRKUNG DURCH LOKALE PARTEIPRÄSENZ

Gegen die von den Befragten sehr plastisch beschriebene „Strukturschwächung“ ihres Lebensumfelds können Parteien selbst ansetzen - und zwar mit einer Strukturstärkung ihrer Lokalpräsenz. Parteien sind auf lokaler Ebene oftmals nur noch dort mit einem Büro vertreten, wo sie für den Wahlkreis einen Abgeordneten für den Bundestag oder (seltener) den Landtag stellen. Die wichtigste Wirkung von mehr Bürgerbüros der Parteien wäre die Verringerung der Distanz zwischen Repräsentanten und Repräsentierten. Ein termingestresster Politiker kommt in der Regel nur auf Einladung - nicht selten des Orts- oder Kreisverbandes der eigenen Partei. Wo kein Ortsverband, da kein Besuch von Politikern, könnte man zugespitzt sagen. Persönlicher Kontakt, das zeigt auch die Wahlkampfforschung, wäre aber ein zielführendes Mittel, um das Vertrauen in Parteien und Politiker zu stärken. Doch es geht hierbei um viel mehr als Kommunikation: Gerade die Volksparteien waren es, die sich einst mit Funktionen in lokalen Strukturen - sei es im Sportverein, der Gewerkschaft oder in der Kirche - vor Ort „nützlich“ gemacht haben. Dieses zivilgesellschaftliche Band zwischen Bürgern und Parteien ist in vielen Regionen geschwächt, wenn nicht gar komplett gerissen. Bereits in der Vergangenheit hat die NPD ein solches volksparteipolitisches Vakuum ausgenutzt: In der brandenburgischen oder sächsischen Provinz wurde sie durch Hartz-IV-Sprechstunden oder den Einsatz für Jugendzentren zur „Kümmererpartei“, weil andere Parteien und Einrichtungen sich eben nicht mehr kümmerten.²³ In gewisser Weise ist die „politische Verlassenheit“, welche andere Parteien durch Abzug oder dauerhafte Abwesenheit erzeugt haben, eine der größten Chancen für neue populistische Akteure, um als Parteien nachhaltig Wurzeln zu schlagen. Wenn die Strukturen von anderen Parteien auf lokaler Ebene schwach bleiben, können Populisten diese Leere konkurrenzlos füllen.

Gerade die sich als Volksparteien definierende Parteien müssen in diese Räume zurückkehren, insbesondere dort Büros eröffnen, wo sie stark verloren haben bei der Bundestagswahl. Nur so kann buchstäblich politisches

Gelände zurückgewonnen werden. Doch dazu sollte eine moderne Volkspartei nicht nur „Kümmerer“ vor Ort sein, das heißt Probleme im Konkreten lösen, sondern auch „Netzwerker“ und zum Beispiel interessierte Bürger für die bereits angesprochenen selbstorganisierten Dorfläden oder Bürgerbusse zusammenbringen.

4. STRUKTURWANDEL GESELLSCHAFTSVERTRÄGLICH GESTALTEN

Was in vielen Studien über die Einstellungen rechtspopulistischer Wähler als Unzufriedenheit mit dem Zustand der Demokratie zusammengefasst wird, trat in der vorliegenden Befragung als Unbehagen über die politische Praxis auf. Gefüllt war dieses Unbehagen zum einen vom Eindruck der lobbygesteuerten Politik. Dem könnte man mit mehr Transparenz über den Einfluss von Interessenverbänden auf Gesetzgebungsprozesse begegnen - dazu gibt es bereits konkrete Vorschläge wie den „legislativen Fußabdruck“, der die interessengeleiteten Einflüsse auf die Entstehung eines Gesetzes nachvollziehbar dokumentieren soll.²⁴ Zum anderen beruht die Unzufriedenheit - und dafür gibt es keine fixe Gegenmaßnahme - auch auf dem Eindruck, die Politik ignoriere in der Lebenswelt der Menschen schlichtweg real spürbare Probleme. Floskelhafte Beteuerungen, Probleme oder Sorgen ernst nehmen zu wollen, können kaum helfen, diese sehr grundlegende Enttäuschung abzumildern. Aber solche Beteuerungen verraten immerhin, dass Politiker selbst eingestehen, über bestimmte Fragestellungen in der Vergangenheit hinweg gesehen zu haben. Eine Sprachlosigkeit, so scheint es, hat sich vor allem bei solchen Problemen eingestellt, die sich nicht innerhalb einer Legislaturperiode lösen lassen, mehr noch, die womöglich im nationalstaatlichen Rahmen überhaupt nicht mehr gelöst werden können. Dazu gehört etwa der durch die Digitalisierung und Automatisierung rasch gesunkene Bedarf nach einigen etablierten Arbeitsformen. In zunehmendem Tempo werden Berufsfelder „wegdigitalisiert“, z.B. werden Kassierer durch Selbstbedienungskassen in Einkaufsmärkten ersetzt, oder nur noch mit Niedriglöhnen vergütet. Die Politik sollte den technologischen und gesellschaftlichen Fortschritt nicht aufhalten, aber

²³ Siehe dazu den lesenswerten Artikel „Die braune Seite der Zivilgesellschaft: rechtsextreme Sozialraumstrategien“ von Stephan Bundschuh in *Aus Politik und Zeitgeschichte* 18-19/2012.

²⁴ Der Vorschlag nach einem legislativen Fußabdruck stammt von Transparency International und wird an dieser Stelle erläutert: <https://www.transparency.de/themen/politik/?L=0>

wenn sie verschweigt, dass nicht alle davon profitieren werden, dann versagt sie in ihrer Aufgabe, gesellschaftlichen Wandel gesellschaftsverträglich zu organisieren. Die derzeitigen Herausforderungen können nicht von heute auf morgen und nicht von einer Hauptstadt allein gelöst werden - soviel Ehrlichkeit braucht die Politik. Aber eine ehrliche und verantwortungsvolle Politik kümmert sich zumindestens darum, dass die unvermeidbaren Nebenwirkungen der Veränderungsprozesse abgemildert werden. Die Politik kann tatsächlich nicht jedes einzelne Problem eines jeden Bürgers lösen, aber sie muss gerade jene Probleme, die durch die großen globalen Transformationen für ganze Teile der Gesellschaft entstehen, abfedern, um einen harten Aufprall ihrer Bürger in einer neuen Realität zu verhindern. Gegenüber den schwer zu lösenden Problemen unserer Zeit muss die Politik zunächst wieder sprechfähig werden und dann ihre Handlungsfähigkeit zum Schutz der Bürger nutzen.

5. SELBSTBEWUSSTSEIN GEGENÜBER POPULISTISCHEN NARRATIVEN

Nach der Bundestagswahl hieß es, dass viele Menschen aus „kulturellen Gründen“ rechtspopulistisch gewählt hätten. Aus Angst vor Überfremdung oder gar Islamisierung durch Migranten. Horst Seehofer kam deshalb schnell zu dem Schluss, dass für seine Partei der Weg aus der Wahlniederlage über das Motto „Deutschland muss Deutschland bleiben, und Bayern muss Bayern bleiben“ führen müsse.²⁵ Die Sorge vor dem Verlust der eigenen Kultur spielte in den Gesprächen dieser Studie hingegen nur eine untergeordnete Rolle. Wenn überhaupt scheint diese kulturelle Dimension erst von der sozioökonomischen aktiviert zu werden. Mit anderen Worten: Aus Angst vor dem sozialen Abstieg klammert man sich an eine kulturelle Konstante. Von einem weit verbreiteten identitätspolitischen Denkmuster kann bei der Mehrheit der Gesprächspartner dennoch nicht die Rede sein. Für die westdeutschen Gebiete, aber auch Berlin Marzahn-Hellersdorf, wäre das aber auch ein nahezu überraschender Befund gewesen: Hier leben ausländische und deutsche Familien seit Jahrzehnten in den gleichen Häusern. Durch die Anwerbung von Gastarbeitern ab den 1950er Jahren sind sie mancherorts

auch noch Nachbarn am Arbeitsplatz geworden. Für diese Deutschen ist „Multikulturalismus“ und in vielen Fällen auch das Zusammenleben mit Muslimen fester Bestandteil der Lebenswelt. Auch wenn diese Befunde nicht verallgemeinert werden können: Bevor Politiker übereilig eine neue identitätspolitische Epoche ausrufen, sollten sie sich fragen, wer genau Deutschland als kulturell bedroht erachtet. Ferner gilt ganz unabhängig davon: Wer das Thema Migration zuvörderst in der kulturellen Dimension diskutiert, verortet es auf jenem Diskursfeld, das maßgeblich von Populisten angelegt und bestellt wird, aber allenfalls nur einen Teil der Migrationsherausforderung abbildet. Die zentralen Herausforderungen in der Integration von Migranten in das soziale Gefüge, den Arbeitsmarkt, das Bildungssystem, die Sprachgemeinschaft, auch den Rechtsstaat, fallen im engeren Sinne nicht unter diesen kulturellen Fokus von Identität, Herkunft und Nation.

Anhand der Ergebnisse der Gespräche muss man sogar noch viel allgemeiner fragen: Welche Narrative der Populisten stoßen überhaupt auf Resonanz in der Gesellschaft und erfordern deshalb eine Antwort der anderen Parteien? Es gibt interessanterweise eine Reihe von Thesen, die in den letzten Jahren von populistischen Akteuren in den öffentlichen Diskurs getragen wurden, damit andere Parteien mindestens zu einer Reaktion - wenn nicht sogar Angleichung ihrer Positionierung getrieben hat, die in den Gesprächen kaum thematisiert wurden. Dazu gehören die angeblich überbordende und übermächtige Bürokratie der Europäischen Union, eine pauschale Kritik an den Medien, die drohende Islamisierung des Landes und die politische Korrektheit als Grundübel vieler gesellschaftlicher Entwicklungen. Diese Narrative und Zeitdiagnosen kamen in den Gesprächen in rechtspopulistischen Hochburgen so gut wie gar nicht vor. Auch Verschwörungstheorien, die ebenfalls vermehrt in rechtspopulistischen Kreisen zirkulieren, kamen nur sehr selten zur Sprache. Beim Thema Europa wurde sogar vermehrt eine dezidierte Gegenposition vertreten: Europa sei vor allem Teil der Lösung, nicht so sehr des Problems, hieß es in mehreren Gesprächen. Was bedeutet das für andere Akteure im politischen Diskurs? Man muss ganz genau analysieren, welche Positionen und Deutungsmuster von Populisten überhaupt verfangen, bevor man sie panisch in den öffentlichen Diskurs übernimmt.

²⁵ Diesen Satz sagte Seehofer in seiner Stellungnahme am Wahlabend der Bundestagswahl 2017: <http://www.csu.de/aktuell/meldungen/september-2017/es-gibt-nichtschoenzureden/>

Vielmehr müssen wirksame Gegenarrative entwickelt werden. Der französische Präsident Emmanuel Macron spricht oftmals von einem „Europe, qui protège“, also einem Europa, das seine Bürger schützt - und zwar keinesfalls nur im militärischen Sinne, sondern etwa auch vor den negativen sozialen Effekten der Globalisierung. Das ist eine positive Erzählung von Europa, in der der Kontinent die Bandage für die Achillesferse der nationalen Wohlfahrtsstaaten ist. Um für ein solches Narrativ empfänglich zu sein, bedarf es keines glühenden Pro-Europäismus, sondern ein gewisses Maß an Pragmatismus kann dafür schon ausreichen.

7. Fazit

„Wir müssen die Sorgen der Menschen ernst nehmen“ ist ein Politikersatz, der in den letzten Jahren immer öfter als Reaktion auf den steigenden Zuspruch zu rechtspopulistischen Parteien zu hören war. Immer öfter fehlte diesem Satz aber auch eine genauere Beschreibung dessen, was die Sorgen der Menschen ausmacht und worauf diese beruhen. Die 500 Gespräche, die mit Menschen aus sozioökonomisch schlechter gestellten Regionen in Frankreich und Deutschland geführt wurden, zeigen drei Deutungsmuster auf, welche die Wahrnehmung und Bewertung gesellschaftlicher sowie persönlicher Zustände leiten: Erstens, eine vergleichende Abwertungslogik in Hinblick auf die Aufnahme von Migranten. Zweitens, eine Problemverweigerung der Politik hinsichtlich der in der Lebensrealität der Menschen spürbaren Herausforderungen. Drittens, ein Verlassensein von Sozial- und Verkehrsinfrastruktur außerhalb der Ballungszentren. Insgesamt zeigt sich eine große Diskrepanz zwischen dem, was die Menschen als „größtes Problem“ des Landes (Migration) und des eigenen Alltags (unsichere Arbeitsbedingungen, Wegfall von sozialer Infrastruktur) identifizieren. Dabei sind die Probleme des Landes ähnlich derer, die in den Medien thematisiert und von Politikern diskutiert werden. Auf die Alltagsprobleme trifft das nicht unbedingt zu. Vielmehr zeigt sich, dass die „Agenda der Bürger“ nur sehr unzureichend in der „Agenda der Medien“ widerspiegelt wird, was das Gefühl der Benachteiligung verstärken dürfte. Die Abwertung

Anderer kann deshalb als Folge einer Abwertungserfahrung, weil Nicht-Anerkennung des Selbst, verstanden werden. Ferner beruht ein „neuer Nationalismus“ à la „Deutschland zuerst!“ im Wesentlichen auf dem Gefühl, dass die Prioritäten von der Politik falsch gesetzt werden. Es wird schlecht vermittelt, dass außen- und europapolitische Initiativen auch der Verwirklichung innenpolitischer Interessen dienen. Vielmehr herrscht der Eindruck vor: wenn sich die Regierung um die Probleme der ganzen Welt kümmert, fallen die Bedürfnisse der eigenen Bürger hinten runter. Die meisten Sorgen der Menschen beziehen sich auf handfeste Herausforderungen im Alltag, wie der steigende ökonomische Druck auf Geringverdiener und Lücken in der Daseinsvorsorge. Sozial und geographisch sind gesellschaftliche Räume entstanden, so die Wahrnehmung vieler Menschen, aus denen sich die Politik zurückgezogen hat. Populistische Kräfte drängen in diese „politische Verlassenheit“. Andere Parteien sollten den Kampf um diese Räume aufnehmen, sich das Vertrauen der Menschen neu erkämpfen mit lokaler Präsenz sowie Anerkennung und Bearbeitung der vorliegenden Probleme.

Der Autor



Johannes Hillje ist Policy Fellow bei Das Progressive Zentrum. Hauptberuflich ist er selbständiger Politik- und Kommunikationsberater und für Institutionen, Parteien, Politiker, Unternehmen und NGOs tätig. Zur Europawahl 2014 arbeitete er als Wahlkampfmanager der Europäischen Grünen Partei. Zuvor war er im Kommunikationsbereich der UN in New York und in der heute.de-Redaktion des ZDF tätig. 2017 hat er das Buch „Propaganda 4.0 – Wie rechte Populisten Politik machen“ (Dietz Verlag) veröffentlicht. Hillje hat an der London School of Economics einen Masterabschluss in Politics and Communication und an der Universität Mainz einen Magister in Politikwissenschaft und Publizistik abgelegt.

Das Projekt

Das Progressive Zentrum hat mit dem französischen Partner „Liegey Muller Pons“ 500 Haustürgespräche in strukturgeschwächten Regionen mit hohem Anteil rechtspopulistischer Wähler in Deutschland und Frankreich durchgeführt. Ziel der Studie ist es, unter dem Stichwort der kulturellen Intelligenz das gegenseitige Verständnis von Deutschland und Frankreich über gesellschaftliche Narrative in einem Pilotprojekt zu stärken. Hierzu wurden systematisch jene Menschen befragt, über die in der öffentlichen Debatte viel gesprochen wird, die aber selbst nur selten zu Wort kommen. Die Gespräche fanden in jeweils drei Regionen in Ost- und Westdeutschland sowie Nord- und Südfrankreich statt. Dabei beantworteten die Menschen allgemeine Fragen zu ihrer individuellen Lage sowie Sicht auf ihr Lebensumfeld und das Land (z.B. „Was läuft gut/schlecht in Ihrem Wohnort?“; Was würden Sie ändern, wenn Sie selbst in die Politik gehen würden?“). Dank dieser offenen Herangehensweise konnten aus den Gesprächsinhalten die authentischen Deutungsmuster der Menschen über ihr Leben und ihr Land mittels einer Diskursanalyse ermittelt werden. Die Ergebnisse sind für die Debatte über die „Antwort“ auf den Rechtsruck sehr aufschlussreich und liefern eine qualitative Ergänzung zu repräsentativen Studien auf diesem Gebiet.

Das Projekt wurde von Philipp Sälhoff, Programmleiter für Internationale Beziehungen bei Das Progressive Zentrum konzeptioniert und geleitet sowie in Zusammenarbeit mit dem Kampagnentechnologie-Unternehmen „Liegey Muller Pons“ operativ durchgeführt.

Download der Studie und Hintergrundinformationen unter www.progressives-zentrum.org/die-verlassenen

Danksagung

Wir bedanken uns bei “Liegey Muller Pons” für die exzellente und professionelle Zusammenarbeit sowie die technologische Expertise bei der Datenanalyse und Gesprächsdokumentation. Insbesondere haben zum Erfolg beitragen Mitgründer und Geschäftsführer Guillaume Liegey sowie die Interviewer Lea König, Maximilian Rieger, Clemens Hötzel, Timo Leontaris, Lydia Berneburg, Jacob R. Lypp, Sarah Diecke und Katrin Pakizer.

Im Rahmen der Studiererstellung waren auch wissenschaftliche Expertinnen und Experten wie Prof. Dr. Wolfgang Schroeder, Prof. Dr. Bernhard Weißels und Prof. Dr. Sabine Ruß-Sattar aus dem Wissenschaftlichen Beirat von Das Progressive Zentrum beratend tätig, denen wir außerordentlich für ihre wertvollen Anmerkungen danken. Weitere Mitglieder des Projektteams waren Vincent Venus, Paulina Fröhlich, Sophie Pornschlegel, Lucas Matray und Anni Michelle Deutsch.

Für die Unterstützung bei der Erstellung des Projekt-kurzfilms bedanken wir uns herzlich bei der Alfred Herrhausen Gesellschaft, der snice Filmproduktion und der Interviewerin Marie Maraval. Der Film ist auf der Projektseite www.progressives-zentrum.org/die-verlassenen abrufbar.

Der größte Dank gilt den 500 Menschen, die sich die Zeit genommen haben, mit uns zu sprechen und denen wir zuhören durften.

Über das Progressive Zentrum

Das Progressive Zentrum ist ein unabhängiger und gemeinnütziger Think-Tank mit Sitz in Berlin. Ziel der Organisation ist, neue Netzwerke progressiver Akteure unterschiedlicher Herkunft zu stiften und eine tatkräftige Politik für den ökonomischen und gesellschaftlichen Fortschritt mehrheitsfähig zu machen. Dabei bezieht Das Progressive Zentrum besonders junge VordenkerInnen und EntscheidungsträgerInnen aus Deutschland und Europa in progressive Debatten ein. Die Publikationen von Das Progressive Zentrum richten sich vor allem an politische EntscheidungsträgerInnen und EntscheidungsvorbereiterInnen in Ministerien, Parlamenten und Parteien, aber auch an Akteure aus Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Ziel ist es, neue Entwicklungen aufzuzeigen, Rechtspopulismus zu begegnen und mit Denkanstößen für eine fortschrittliche und gerechte Politik progressive Debatten in Deutschland und Europa anzukurbeln.



Über Liegey Muller Pons

Liegey Muller Pons ist ein führendes europäisches Kampagnentechnologie-Unternehmen mit Büros in Berlin, London und Paris. Es hat bereits über 1.000 Kunden mit Datenanalysen und Kampagnensoftware unterstützt.



gefördert durch



Auswärtiges Amt

Diese Studie ist ein Debattenimpuls im Rahmen dieses Projekts und spiegelt ausschließlich die Meinung des Autors wider.

Impressum

Alle Rechte vorbehalten. Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten des Progressiven Zentrums auch in Auszügen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet.

© Das Progressive Zentrum e.V., 2018

V.i.S.d.P.: Dominic Schwickert

c/o Das Progressive Zentrum e.V., Werftstraße 3, 10577 Berlin

Vorstand: Dr. Tobias Dürr, Michael Miebach, Katarina Niewiedzial
Geschäftsführer: Dominic Schwickert

www.progressives-zentrum.org

mail@progressives-zentrum.org

www.facebook.com/dasprogressivezentrum

twitter: @DPZ_Berlin

Gestaltung: somethingcreative.agency, basierend auf einem Design von 4S und Collet Concepts